

# Volkswacht

für Schlessen · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Reichsmark + 6 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig, Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf., auswärts 17 Pf., Anzeigen unter Text 20 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, Postfachkonto: Breslau 38 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Stanznummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 23. Juni 1932

Nr. 145

## SA-Terror in Breslaus Straßen

### aber die Arbeiterschaft rüstet zur Abwehr

Maßlose Herausforderungen der Nazis am gestrigen Tage — Provokierende Demonstrationen der SA. trotz Demonstrationsverbotes — Wilde Schießereien der Nationalsozialisten und die Blutopfer der Arbeiterschaft — Maßlose Erbitterung in der Bevölkerung — Überall geschlossener Wille zur Abwehr — Protest-Rundgebung der Arbeiterschaft am Dienstag im Messehof

Die unerhörten Herausforderungen der Breslauer Nazis, die mit ihrer Demonstrationsankündigung und der Art ihrer Versammlungsreklame die Stimmung zu einer Siedehitze gesteigert haben, sind nicht ohne Folgen geblieben. Wie die Festen haben sich die wieder aus der Provinz zusammengezogenen uniformierten Horden aufgeführt und erst nachdem sich das Pflaster mit Arbeiterblut färbte, ging auch die Arbeiterschaft dazu über, die Terrorhorden abzuwehren.

Die Terrorakte, die im Westen der Stadt ihren Ausgang nahmen, verbreiteten sich mit Windeseile durch die ganze Stadt und die Erbitterung steigerte sich bis zur Siedehitze.

Es kam nun in allen Stadtteilen zu Zusammenstößen mit den braunen Mordbesten.

Gegen 7½ Uhr kam es im Nikolaitor, in der Polener, Westend- und Wiesenstraße verstreut zu Zusammenstößen, da die von auswärts eintreffenden Nazis zum Teil sehr provokatorische Haltung einnahmen. In der Wiesenstraße und in der Westendstraße am Westpark kam es im Verlaufe dieser Zusammenstöße auch zu tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen mehrere Schüsse abgegeben wurden. Der 33jährige Walter Schmidt aus der Polener Straße 26, der den Nazis angehört, erhielt einen Brustschuß. Ein anderer Mann wurde durch einen leichteren Schuß in den Unterleib verletzt.

Trotz der in letzter Minute herausgegebenen Naziparole, daß die SA nicht demonstrieren werde, zogen die Nazitruppen in Stärke von 50 bis 100 Mann geschlossen aus der Innenstadt nach Scheitnig und mit Recht protestierten die Arbeiter gegen diese von der Polizei ohne Widerspruch geduldeten Demonstrationen. An der Freiheitsbrücke, wo sich Hunderte Proletarier zum Schutz des Gewerkschaftshauses eingefunden hatten, schante es die Polizei sogar ab, die bewaffneten Halunken, die von Arbeitern aus ihren Fügen herausgerissen wurden, zu entwaffnen. Statt dessen wurden neue Verstärkungen gegen die Proletarier eingesetzt und die Häufen konnten, mit Knüppeln und Schußwaffen ausgerüstet, unbehelligt weiterziehen.

Die Folgen dieser Teilnahmslosigkeit der Polizei gegenüber den Terrorhorden zeigten sich kurz nach 20 Uhr in der Wiesenstraße, wo wieder einer dieser etwa 50 Mann starkenzüge an der Wiesenstraße nach Scheitnig zog. In der Nähe der Schule feuerte einer der Naziburschen plötzlich wie wild um sich und in einer Entfernung von 40 bis 50 Metern brach der 20jährige Rudolf Günther aus der Wiesenstraße 32, ein Sohn unseres Genossen Günther, der im März dieses Jahres in seinem Hause von einer Naziband niedergestreckt worden war, von einem schweren Brustschuß getroffen, zusammen und mußte schwerverletzt in die Universitätsklinik eingeliefert werden. Dort heißt es sich heraus, daß er durch einen Lungenschuß schwer verletzt worden ist.

In der Nähe des niedergeschossenen Sportgenossen Günther befand sich auch ein Nazimann, der ebenfalls durch Schüsse seines eigenen Parteigängers niedergestreckt wurde.

Der in der Wiesenstraße von seinen Parteigängern niedergeschossene Nazi ist der Bäcker Franz Marciniak aus der Zehnerstraße 18, der neben einem Lungenschuß sechs weitere Schüsse erhielt und in der Nacht noch operiert werden mußte. Eine an Ort und Stelle vorgenommene Durchsuchung nach Waffen blieb erfolglos. Doch wurden später beim Abhaken der Straße ein mit fünf Patronen geladener Revolver und mehrere Schlagwerkzeuge, Gummiknüppel, mit Sand gefüllte Fahrradrumpfen, Eisenstiele und Schraubenzieher gefunden. Wie wir erfahren, soll der herbeigeführte Brubner aus der Langegasse verhaftet worden sein, da er dringend im Verdacht steht, die Schüsse abgefeuert zu haben. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei sind insgesamt 11 Personen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Im ganzen wurden 18 Personen festgenommen, von denen ein Teil heute in den frühen Morgenstunden aus dem Bett heraus festgenommen wurde. Sie sollen zu einem Teil noch heute dem Schnellrichter vorgeführt werden.

In einer großen Schlägerei kam es auch in der Scheitniger Gegend, wo die Polizei in der Schwenkfeldstraße die Passanten auseinandertrieb. Dort waren von kommunistischer Seite zum Teil die Gefessenen ausgelöst worden, und als die Polizei die Straßen räumte, wurde sie mit Blumenstücken beworfen, worauf von der Schußwaffe Gebrauch gemacht und etwa 25 Schreckschüsse abgefeuert wurden.

Zu der Versammlung, die unter dem künftigen Thema „Verteidigung nach Palästina“ stand, waren die SA-Banden wieder aus ganz Schlessen zusammengezogen worden. Selbst bis aus Grünberg hatte man sich Mordkommandos verschrieben. Für den offenbar mit dem Kofferpacken beschäftigten Mannheiser Böbbels war Gottfried Feder erschienen. Vorher sprach der Gemein-

mörder Heines, dessen Rede eine einzige Häufung von Unverschämtheiten war, was man sie selbst von diesem als besonders anrüchlich bekannten Burken bisher noch nicht gehört hat.

Er kündigte an, daß sich die SA. den „Terror der Roten“ nicht mehr gefallen lassen wolle. In wenigen Tagen werde die SA. feldmarschmäßig ausgerüstet erscheinen und die Straßen der schlesischen Hauptstadt von dem marxistischen Gesindel freiergeben. Die Jahre der Knechtschaft unter der Fahne Schwarz-Rot-Weiß seien vorbei. Besonders gekniffen heulte Heines gegen die Polizei. Sobald Hitler die Macht habe, werde man sämtliche den Nationalsozialisten nicht genehmen Polizeibeamten zum Teufel jagen.

In der Versammlung selbst gab es auch einige Kostproben nationaler Heldengröße. Ein Mann, der mit Hakenkreuzabzeichen geschmückt war und sich beim Heilgeschrei fast heiler brüllte, wurde plötzlich von einem Kollkommando umringt, bis an einen der Ausgänge geschleift, niedergeschlagen und an den Füßen aus der Jahrhunderthalle gezerrt. Dieser biedere Nazianhänger, der sich nicht das geringste hatte zuschuldentommen lassen, hat also von seinen eigenen Parteigängern das „neue System“ vorgemacht bekommen, daß ihm Hören und Sehen vergangen sein dürfte.

Den Gipfelpunkt bildete zweifellos der geistlose Abmarsch der SA. von der Jahrhunderthalle, gegen den die Polizei nicht etwa einschritt, sondern den sie sogar begleitete, obwohl die gleiche Polizei einen Tag vorher einen pomphaften Aufruf erlassen hatte, daß sich niemand beteiligen solle, da sie gegen Demonstrationsbildungen unannehmlich einschreiten werde.

Heines, der Mann, der in seinem Schottentopfe eher einem Clown glich, tobte sich aus, und die Polizeiführer schossen dienstbesessen hin und her; um auch alle seine Anordnungen durchzuführen. An der Geißhorntstraße blieb der ganze Zug stehen, weil dort Herr Heines einige Arbeiter provozieren wollte. Als der Zug auf der Freiheitsbrücke stand und die Spitze die Höhe der Margaretenstraße erreicht hatte, hielt der Gemeinmörder seine Mordkolonnen wieder an. Er hielt eine Ansprache an die nebenher laufenden Zivilisten, die nach Hause gehen sollten. Er verweigerte der Polizei so lange den Weitermarsch, bis die

Zivilisten nicht fortgeschafft seien, worauf die Polizei prompt gegen alle Zivilisten vorging und die Straßen räumte. Dann marschierte die SA. weiter, und pro forma erfolgte an dieser Stelle auch eine Waffendurchsichtung, die man sich dort wirklich hätte ersparen können, weil die SA. doch nicht so blöde ist, um vorher die Revolver nicht irgendwo weggesteckt oder im Sammeltransport in eines der Nordhäuser geschickt zu haben.

Der Zug marschierte dann auf den Bürgersteigen in geschlossener Formation durch das Ohlauer Tor und wieder zurück nach der Stadt. Inzwischen war es ¼ 3 Uhr geworden, und an allen Ecken verschwanden die Helden dann im Eilschritt in ihre Häuser. Man hatte, nachdem man die Straßen mit Arbeiterblut gefärbt hatte, doch Angst bekommen und wagte sich deshalb nur in ganzen Haufen nach Hause. Die Letzten mögen wohl früh um 7 Uhr zu Hause angekommen sein.

### An den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufhebung des SA.-Verbetes erfolge, sind, wie die letzten blutigen Vorkommnisse in Breslau beweisen, nicht erfüllt worden. Im Bewußtsein der eigenen Verantwortung zur Wahrung verfassungsmäßiger Staatsbürgerrechte protestiert Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit aller Entschiedenheit gegen den heute nacht ausgeübten blutigen Terror, die dauernde Pogromhege, die Zusammenballung von tausend auswärtigen SA. und die unerhörte Aufspaltung der Weibenschaft gegen Andersdenkende und staatliche Organe durch Versammlungsführer Heines.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

### Herrn Reichsinnenminister von Gumbel

Die tagelange, allseitig verurteilte Hege der Nationalsozialisten, verbotswidrige Plakatierung mit Aufforderung zu Demonstrationen und Pogromhege, „Vertikalmärsche nach Palästina“ haben in Breslau zu grauenhaften Bürgerkriegsvorgängen geführt. Über 2000 Nationalsozialisten wurden hier zusammengejagt, geschlossene Anmärsche, bei denen es zu blutigen Überfällen auf Andersdenkende kam, erfolgten in verschiedenen Stadtteilen, zahlreiche Schwerverletzte sind als Opfer zu beklagen. Für kommende Tage ist Schlimmeres zu erwarten, wie Androhungen des nationalsozialistischen Reduktors Heines „Man solle die Polizei zum Teufel jagen!“ beweisen.

Mit aller Entschiedenheit legt Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Verwahrung ein gegen diese Entfesselung der Bürgerkriegsleidenchaften. Es verlangt Durchsetzung der vorliegenden Bestimmungen auch gegenüber solchen unerhörten nationalsozialistischen Terror und blutiger Straßenherrschaft.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

## Die Länderkonferenz

### Die Pläne der Nazi-Barone — Kapitulation vor Hitler — Keine Einigung mit den Ländern

Die Länderkonferenz, die am Dienstag auf Veranlassung der Reichsregierung in Berlin zusammengetreten war, ist nachmittags nach mehrstündiger Beratung abgeschlossen worden. Sie hat zu einem positiven Ergebnis im Sinne der Reichsregierung nicht geführt. Die Vertreter fast aller Länder, mit Ausnahme der von Nationalsozialisten registrierten Landestelle wie Braunschweig, Oldenburg und Anhalt, haben gegen die Pläne der Reichsregierung die schwersten Bedenken erhoben und diese Bedenken a. G. überzugend begründet.

Die Vertreter der Länder werden nunmehr ihren Regierungen über den Gang der Konferenz berichten. Schon das zeigt, daß die gestrige Konferenz eine Entscheidung über den latenten Konflikt zwischen Reichsregierung und einzelnen Ländern nicht gebracht hat und die Entscheidung, ob der von dem Reichsinnenminister erhobenen Forderung auf Aufhebung insbesondere des Uniformverbots in allen Ländern jetzt entsprochen wird oder nicht, bei den Ländern liegt, die

sich bisher aus guten Gründen geweigert haben, das Verbot zu widerrufen. Immerhin hat die Aussprache bereits gezeigt, wie die Entschiedenheit der Länderregierungen ausfallen wird und daß kaum ein Land von sich aus den Forderungen der Reichsregierung ohne weiteres nachkommen dürfte. Die blutigen Zusammenstöße, die seit der Aufhebung des SA.-Verbetes in fast allen Gegenden Deutschlands zu verzeichnen waren, warnen jeden verantwortlichen Politiker den von der Reichsregierung beschrittenen Weg einzuschlagen. Nur dadurch, daß die uniformierten Kombis von der Straße gehalten werden, ist auf die Dauer Ruhe und Ordnung in Deutschland einigermaßen gewährleistet.

Die Reichsregierung will es anders! Sie ist der Meinung Hitlers und seiner Konferten. Sie bezeichnet sich als „überparteilich“ und dennoch hat sie keine Regierung der Nationalsozialisten unter dem Druck einer Partei gebildet wie die Regierung der Papenbetriebe. Dieser Eindruck ist nach

unseren Informationen durch die Haltung des Reichsinnenministers, während der ständigen Länderkonferenz noch verhalten worden.

Der letzte Konflikt zwischen Reich und Ländern besteht also fort. Es bleibt die Frage, wie lange und auf welche Weise das Reich den Wünschen der Nazis gegen den Willen zahlreicher Landesregierungen Geltung verschaffen will und kann. Der Reichsinnenminister hat darüber in der gestrigen Konferenz einige Andeutungen gemacht, die auf schärfsten Widerspruch insbesonders der süd-deutschen Ländervertreter gestoßen sind. Immer drückt die Regierung der Reichsbarone nach Herrn von Gaus nicht an die Verkündung des Ausnahmezustandes oder anderer Zwangsmaßnahmen. Sie sieht dafür weder eine Möglichkeit noch eine rechtliche Grundlage. Aber sie plant für den Fall, daß die Länder bei ihrer Auffassung bleiben, eine Ergänzung ihrer letzten rechtlichen Anordnungen, insbesondere eine Verordnung gegen die Freiheit und die Selbstbestimmung der Länder. In dieser Verordnung soll bestimmt werden, daß die Landesbehörden Uniform, Demonstrationen und Versammlungsvorhaben nur erteilt und nur für eine kurze, in der Verordnung näher bestimmte Frist auszusprechen dürfen. Jedes Uniformverbot der Länder oder Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Umzügen soll unwirksam gemacht werden.

Das ist die Kapitulation der Regierung der Barone vor der Straße. Diese Regierung ist hart und unbarmherzig, wenn es gilt, den Herufen der Armen, den Arbeitslosen, den Rentnern, den Kriegsgeldbesitzigen, den Witwen und Waisen das färgliche Dasein noch kümmerlicher zu gestalten. Sie ist taub und blind gegen die entsetzliche Not und gegen das Elend, Drost und verlanget aber Herr Hitler, denn wird diese Regierung der starken Männer weich und nachgiebig. Verlangt etwa der Führer dieser „Arbeiter“-partei, die Not des Volkes möge gelindert werden? Nein, seine Sorge ist, daß die SA frei und ungehindert den Bürgerkrieg selbst in das letzte barocke und babilische Dorf tragen kann. Im der Abwehr gegen diesen Plan stehen fast alle Landesregierungen gegen die Regierung der Nazi-Barone, die im Begriff steht, eine geheime Umwälzung mit Hitler zu erfüllen, ohne sich vorhergeklärt über die volle Tragweite ihrer Politik klar zu sein. Diese Politik zielt nach dem blutigen Ergebnis der letzten Tage für die Zukunft die schlimmsten Verhältnisse nach.

Die deutsche Arbeiterklasse hat als eine ihrer besten Überlieferungen die Idee der deutschen Einheit und Freiheit, geschwunden im Feuer des Jahres 1948, als bestes Vermächtnis übernommen und mit Gut und Blut bewahrt und behält bis zum heutigen Tag. Ohne Freiheit keine Einheit! Indem wir für diese Freiheit gegen Reaktion und Faschismus kämpfen, streiten wir zugleich für die Einheit und Freiheit hinter den süddeutschen Staaten. Die Freiheit ist in Gefahr, der Bürgerkrieg droht und will die Einheit des Reiches sprengen. Die Sozialdemokratie wird nicht kapitulieren.

Amlich wird mitgeteilt: „Im Reichsministerium des Innern trat am Dienstag vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni dieses Jahres unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Freiherrn von Gaus zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugelaßt.“

München, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die vom bayerischen Innenminister Dr. Stübel über die Konferenz der Innenminister in Berlin informierte Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt über das Ergebnis dieser Beratungen: „Der Reichsregierung kam es bei dieser Konferenz darauf an, die nationalsozialistisch unterworfenen politischen Gesichtspunkte vor die Rechtserwägungen und Tatsachen zu stellen. Es wurden deshalb auch keine ernsthaften Rechtsansprüche gegen das bayerische und babilische Uniformverbot vorgebracht. Die landesrechtlichen Maßnahmen der bayerischen Regierung gingen unbeeinträchtigt aus dieser Konferenz hervor. Alles Gezeir über Verfassungsbruch, Rechtsverletzung, Proklamation des Reichspräsidenten, Separation ist damit abhandelt. Auch Länder, die kein Uniformverbot landesrechtlicher Natur erlassen haben, mußten zugestehen, daß die bayerische Regelung den politischen Verhältnissen in Deutschland durchaus entspricht. Aber die neue Reichsregierung will über das Gefahren nicht sehen. Sie mag darüber hinwegsehen, daß Parteiformen und Parteigruppen im Falle der SA und SS sich mit einem geordneten Staatswesen und mit dem Gedanken der Staatsautorität nicht vertragen. Sie will nichts davon wissen, daß die unilemierte nationalsozialistische Parteilinie sich nicht etwa als Schutzmacht der Regierung gegen die Revolution, sondern als die in Bereitschaft liegende Macht der nationalsozialistischen Revolution darstellt. Die Reichsregierung will also aus parteilichen Gründen die Landesregierungen nicht mehr überlassen, in der Verantwortung für den Ausnahmezustand zu stehen, wie es ihnen bisher gewesen ist, sondern sie selbst für den Ausnahmezustand und die damit verbundenen Maßnahmen verantwortlich zu machen und die politischen Gesetze vorzubereiten. Sie glaubt sich befugt, die Landesregierungen und die Landesgesetzgebungen auf diesem wichtigen Gebiete einzuschalten, und sie scheint gewillt zu sein, mit Hilfe des Artikels 48 des Grundgesetzes zu tun, was das Bundesrecht außer Kraft setzt.“

Gebanken der Staatsautorität nicht vertragen. Sie will nichts davon wissen, daß die unilemierte nationalsozialistische Parteilinie sich nicht etwa als Schutzmacht der Regierung gegen die Revolution, sondern als die in Bereitschaft liegende Macht der nationalsozialistischen Revolution darstellt. Die Reichsregierung will also aus parteilichen Gründen die Landesregierungen nicht mehr überlassen, in der Verantwortung für den Ausnahmezustand zu stehen, wie es ihnen bisher gewesen ist, sondern sie selbst für den Ausnahmezustand und die damit verbundenen Maßnahmen verantwortlich zu machen und die politischen Gesetze vorzubereiten. Sie glaubt sich befugt, die Landesregierungen und die Landesgesetzgebungen auf diesem wichtigen Gebiete einzuschalten, und sie scheint gewillt zu sein, mit Hilfe des Artikels 48 des Grundgesetzes zu tun, was das Bundesrecht außer Kraft setzt.“

Wir müssen uns nach dem Ergebnis der Länderkonferenz also auf einen schweren Eingriff der Reichsregierung in die Landesrechte gefaßt machen. Dabei übernimmt die Reichsregierung eine Verantwortung für die Weiterentwicklung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland, die ihr voraussichtlich keinen Ruhmestitel in der deutschen Geschichte einbringen wird. Es hängt nun ganz selbstverständlich, daß eine bayerische Regierung nicht in der Lage ist, den politischen Auffassungen der

Reichsregierung hier legenden entgegenzukommen. Die Verantwortung für Maßnahmen, die die Reichsregierung politisch für notwendig hält, muß sie ganz allein tragen, aber auch die Verantwortung für alle Folgen, die sich daraus ergeben.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung einstimmig eine längere Entschließung angenommen, in der sie auf das babilische gegen die durch die Maßnahmen des Kabinetts von Bayern hervorgerufene Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und gegen die Einführung einer neuen Welle von Gewalttätigkeiten von links und rechts protestiert.

Am Schluß der Entschließung heißt es: „Um schwere Gefahren für die Nation zu verhüten, erwartet die Zentrumsfraktion gemäß der Entschließung des Herrn Reichspräsidenten unverzüglich und wirftames Einschreiten der Reichsregierung im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die bestehende Verfassung verlangt, daß der beginnende Wahlkampf frei von gewalttätigen Beeinträchtigungen vor sich gehen kann und daß die politischen Maßregeln der Länder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung seitens der Reichsregierung keine Beeinträchtigung erfahren.“

# Preußens Erneuerer

## Wer Herr Freisler von den Nazis in Wahrheit ist — Able Darlehensgeschäfte des Nazianwalts, der fünfmal vom Ehrengericht der Anwaltskammer verurteilt wurde — Keine Amnestie für Kapitalverbrechen und auf Verrat

Berlin, 22. Juni. (Eig. Bericht.) Braune Uniformträger in enganliegenden Reithosen mit gelben Quasteln und Ledergurten durchschürzten das preußische Abgeordnetenhaus, als am Dienstag die Glocken den Sitzungsbeginn verkündeten. Auf der Tribüne saß ein Redner und verlas die Erklärung seiner Fraktion die sich gegen einen Abgeordneten des Hauses richtete. Darin heißt es u. a.: „Der Herr Abgeordnete ist, nach Angabe des „Völkischen Beobachters“ vom 1. 6. 32, früher Kommunist und bolschewistischer Lebensmittelfabrikant in Rußland gewesen. Seit 1924 ist er Stadtverordneter und Rechtsanwalt in Kassel; er ist in nicht weniger als fünf ehrengerichtlichen Strafverfahren durch Verurteilung der Anwaltskammern in Kassel und Kempten und in zwei strafrechtlichen Verfahren durch die ordentlichen Gerichte verurteilt worden. . . . Tausend Mark Geldstrafe wegen handesunwürdigen Verhaltens und Verletzung der ihm als Rechtsanwalt obliegenden Verpflichtungen. . . . Ehrenstränkung. . . . wiederum handesunwürdiges Verhalten in einem dritten Falle, wiederum Geldstrafe wegen übler Nachrede und Hausfriedensbruchs. . . . leichtfertige Beleidigungen. . . . ein Urteil der Strafkammer, in dessen Folge er sich, als Herr Rechtsanwalt und Abgeordneter für seinen Geschäftskunden Ragenstein bei der kasseler Sparcasse in Kassel in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt und Stadtverordneter einen Antrag auf Gewährung eines Hypothekendarlehens in Höhe von 230 000 Mark eingereicht und schriftlich über die geschäftlichen Verhältnisse und Vermögensverhältnisse der Firma Ragenstein außerordentlich zuverlässige Angaben gemacht, obwohl er seit langer Zeit weiß, daß gegen den Aktienmehrheitsbesitzer dieser Firma, gegen den Rittergutsbesitzer Richtenberg, ein Strafverfahren wegen mehrfachen Betruges und wissentlich falscher Abgabe einer eideschwörischen Versicherung schwebt. Obgleich der Herr Stadtverordneter und Rechtsanwalt sehr großen Verdacht gehabt hat, daß Richtenberg sich des schweren Betruges, mehrfachen Kreditbetruges und der Wechseltreiterei schuldig gemacht habe, hat er sich niemals gekümmert — offenbar auch aus persönlichen Gründen finanzieller Natur — mit Richtenberg nicht nur als Rechtsbeistand, sondern auch als Mitarbeiter im Aufsichtsrat der Kasseler Maschinenwerke geschäftlich zusammenzuarbeiten.“

Das ist das Urteil einer preußischen Strafkammer über diesen Rechtsanwalt, Stadtverordneter und jetzigen preußischen Abgeordneten. Das ist ein Auszug aus der Erklärung, die von der Landtagsströmung vor versammeltem Hause verlesen wird. Der es tut, ist der Beauftragte der sozialdemokratischen Fraktion Gehrmann.

Und wer wird auf Grund dieser amtlichen und richterlichen Belege in dieser Weise abblonderlet: der Naziabgeordnete, Stadtverordneter und Rechtsanwalt Dr. Freisler aus Kassel.

Starr und stumm sitzt er unten auf seiner Bank und rührt sich nicht. Anfangs sollen seine Freunde gegen den sozialdemokratischen Sprecher, vom künftigen SA-Mitglied bis zum Nazi. Dann aber verstummt das Gelächter seiner Pags. Unter für mich den Hört-Hört-Rufen aller anderen Parteien verläßt der Sozialdemokrat die Tribüne, und hinauf springt raschen Schrittes Herr Rube.

Die Männer für die Sauberkeit des Staatslebens, die Reinigung von Preußen, werden sie jetzt ihren eignen Tadel einstecken, vor der elenden Türe stehen? Mit donnernder Stimme verkündet der Nazi-Führer der erstauenden Mitwelt wörtlich: „Meine Fraktion stellt ihren Schild vor den Abg. Dr. Freisler.“

Wir haben eine andere Auffassung von Ehrbegriff als Sie. In den Anwaltskammern sitzen zum großen Teil Judenjuden, und für uns wäre nur das Urteil eines deutschen Gerichtes möglich! Grenztlicher Beifall und Händelatschen der Nazis und der SA-Männer! Aber selbst die Deutschnationalen rufen darauf von ihnen ab.

Dieser Freisler war es, der vergangene Woche sagte, die niedrigsten Umwürde und Drohungen gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Kuttner vorzubringen. Gehrmann weist diese Drohungen nicht nur im Namen der sozialdemokratischen Fraktion zurück, sondern

er erbringt auch den durch vier Gerichtsverfahren erhärteten Beweis, daß die gegen Kuttner erhobenen und aus den Revolutionskämpfen stammenden Bewürde durch viele Zeugen widerlegt und von A bis Z unwahr und erlogen sind.

Kein Schatten bleibt an Kuttner haften, aber die Nazis beschimpfen ihn. Ihr Geld und Rede ist Freisler! Nazi das heißt lustig sein! Schöne Uniformen,

außen hui — innen hui.

Ist es ein Wunder, wenn diese Nazis hier in dem mit den Kommunisten wiederum ihren Amnestie-Antrag einbringen und in zweiter Lesung annehmen, während der sozialdemokratische Entwurf abgelehnt wird? Ist es ein Wunder, wenn nach diesem Nazi-Antrag jetzt auch alle im Disziplinarverfahren seit 1919 entlassenen Beamten wieder eingestellt und ihre Bezüge nachbezahlt erhalten, obwohl sich darunter alle wegen Separatismus im Jahre 1923 verurteilten Beamten und ähnliche laubere Gestalten befinden? Wer einen Freisler denkt, wer Gemeinderat amnestiert und sie zu Abgeordneten und Abgeordneten bestellt, der kann die in die Gefängnisse getriebenen politischen Verbrecher nicht sitzen lassen. Diesmal allerdings können die Nazis für einen deutschnationalen Antrag, wonach jene wegen Nord- und Ostlag und schwerer Körperverletzung hinter Schloß und Riegel gekommenen Anwärter nicht amnestiert werden. Ihnen bleibt die Hoffnung auf das Paradies für die Zeit nach dem 31. Juli.

# Die Benzinstation

## Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechnigte Übertragung aus dem Amerikanischen von Clarisse Meißner. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck verboten.

(63. Fortsetzung.)

Das war der Punkt, bei dem keine Betrachtung jedesmal mit einem Aud abbrach. Er war sich vollkommen klar über die Methode, wie er fertig werden sollte, aber er hatte nicht die leiseste Ahnung davon, wozu er fertig werden sollte. In dem Augenblick, da er sich wieder entschlafen hatte, Claire, zu beiraten, daß er die einzige Möglichkeit für seine Zukunft in der Jungelwelt der Alaskan Wälder zu suchen; und in dem Augenblick, da er sich mit dieser Aussicht auf ein Abenteuerzeit in der Wildnis von Alaska zufriedens gab, gingen seine Gedanken an, wie wahnsinnig um Claire zu sein.

Trotz seiner Abgeschlossenheit war Mill unter den Studenten nicht unbeliebt. Von den Ingenieuren hatten nur wenige an Konzerten, Athletik und Studentenunterhaltungsinteressen, die den Akademiker sonst von anderen Leuten unterscheiden. Sie waren meist älter und mehr darauf bedacht, bald einen Lebensunterhalt zu finden. Und Mills freundliche Art den Leuten einen Gruß zuwerfen oder mit der Hand zu winken — wie einem guten Kunden, der die Garage zur Rechten fährt endlich doch mit einem gebändigten Generalist verließ — zeigte, daß er ein „lieber Kerl“ und ein „guter Kamerad“ war.

Nur eine Gruppe von Kollegen hatte Mill auf. Es war wahr, daß seine Betrachtungen für soziale Zusammenhänge sehr war. Aber es ist auch wahr, daß die Leute, die er kennen zu lernen suchte, die leidenschaftliche Gesellschaft der Universtätt war. Ihre Befriedigung über seine Grobheit war ihnen aber vorzuziehen worden, hätten sie gewacht, wie wenig ihm davon lag, was sie von ihm dachten und mit welcher großartigen Zweckdienlichkeit er sie ausschließlich als Model benutzte, um Fräulein Claire Saltwood zu gefallen.

Die amerikanischen Staats-Universitäten sehen gerne zu, daß sowohl Pale und Harvard und Princeton als prächtig bekannt sind, die Staats-Universitäten doch die Zukunft eines

Mythos sind, der „Sozial-Demokratie“ genannt wird. Aber es gibt keine Universtätt in der Nähe einer einigermaßen bemerkenswerten Stadt, in welche die Erben des Reichtums ihrer Städte nicht alle lokalen Sozialunterchiede mitbrachten. Ihren Familienzang, ihre Stellung in dem nirgends ausgezeichneten Adelsstand entscheiden, in welche Brüderlichkeit sie aufgenommen werden würden und die Brüderlichkeit entscheiden, mit wem sie — ob Mann oder Mädchen — befreundet sein werden. Die Tochter und Söhne von Seattle und Tacoma, die Sprößlinge der alten Familien, die in ununterbrochener, reiner Linie bis 1880 zurückverfolgt werden konnten, waren gegen arme Arbeiterkinder aus Ostima oder Idaho gewiß sehr freundlich, aber sie luden sie nicht oft zu sich ein in ihre Häuser auf den beiden Hügeln und auf dem Boulevard.

Doch diese Plutokraten waren es, denen sich Mill angeschlossen; sie waren es, deren Schmeichelei und Chmanieren, Zigaretten und Mangel an theologischem Interesse er studierte. Er begegnete ihnen in seinen englischen Vorlesungen. Er sagte: „Hallo, Smith“ und „Hallo, Jones“ als hätte er sie wirklich gerne und immer, und nicht im Verstande darum, ob sie ihn gern hätten. Und was noch gelangte er zu ihre Brüderlichkeits-Bekundungen, einmal mit jeder, einmal mit jeder, und lernte sie und ihre Freunde dort näher kennen. Er sah still und verzogen, die Pfeife im Mund, unter ihnen und sie können ihn zu haben — wenn nicht ein paar mal. Mill drängte sich auf, und eine unersättliche Frage an ihn richtete, sah ihn Mill mit einem eigentümlichen Blick an, der die Eigenhaftigkeit, Höflichkeit selbst bei Nachkommen von Dollarmillionären hervorriefen. Man fand, daß er von Automobilen mehr als sonst irgendwem verstand, und da Automobile zu ihren größten Gaben gehörten, galt er als weise. Er war verhältnismäßig einfach und anspruchslos; man empfand keine Gegenwart als angenehm.

Während all der ersten drei Wochen seines Aufenthaltes in Seattle hatte er Claire nur das eine Mal bei seinem ersten Besuch gesehen. Zweimal hatte er ihr telefoniert. Bei einem dieser telefonischen Besuchen hatte sie ihn eingeladen, zusammen mit der Familie ins Theater zu gehen — was eigentlich bedeutet, ins Kino — und er hatte, ihr anschließend, aber ohne Bescheidenheit abgelehnt; das andere Mal hatte sie gesagt, daß sie vielleicht den ganzen Winter über in Seattle bleiben würde, weil sie auch schon in der allernächsten Nacht wieder abreisen würde, und sie beschloß, noch drei oder vier Wochen länger Gastfreundschaft zusammen zu machen“, und er sagte: „Oh, ja“, viel-

leicht zehn oder zwölf unglückselige Male und hatte das Gefühl einer schredlichen Leere, als er den Hörer aufhob.

Dann schickte sie ihm eine Einladung zu einem späten Frühstück bei Gillons. Die Zeit war mit zehn Uhr dreißig angesetzt; die meisten Leute kamen gegen Mittag; aber Mill kam um zehn Uhr einunddreißig und fand nur einen verärgerten Diener vor.

Er wartete fünf Minuten lang im Salon und kam sich wie ein Biletteur vor. Ins Zimmer herein späzierte ein durchgünstig großer, durchschmittlich aussehender, liebenswürdiger Mann, Eugene Gilson, der gleich loschnatterte: „Oh, wirklich wahr, tut mir so leid, daß man Sie hat warten lassen, Herr Daggett. Wahrschaffig, eine Schande, kommen Sie, nehmen Sie einen Kuchen, oder sonst etwas.“ „Danke vielmals“, sagte Mill.

Der Wirt führte ihn mit überprüfender Zuversichtlichkeit in ein Speiseszimmer, wo — nach englischer Mode, oder ähnlich wie nach englischer Mode, oder jedenfalls in genauer Anlehnung daran, was man sich unter englischer Mode vorstellen kann — überpufferten und Würste und Omelettes auf Schüsseln am Büfett der Gäste warteten. Herr Gilson schenkte Kaffee ein und plapperte: „Koffein Sie, bitte, diese Lebensart. Sie ist für gewöhnlich sehr gut. Fräulein Saltwood hat mir erzählt, daß Sie so gut zu ihr auf der Tour waren. Muß eine schöne Tour gewesen sein. Sie bleiben einige Zeit hier, nicht? Oh, ja, Claire hat erzählt, daß Sie auf der Hochschule sind, Maschinenbau, glaub ich; haben Sie schon unsere Sägemerke gesehen? Kommen Sie, bitte, doch einmal hin — kosten Sie eine Omelette, bevor das dumme Zeug kalt wird, wir kriegen gleich wieder frische — ins Werk, ich werde ihnen jederzeit gerne alles zeigen lassen. Wie waren denn die Straßen unterwegs?“ „Ja, ganz gut“, sagte Mill.

Ins Zimmer herein strahlte Frau Gilson in einem strahlenden Vöckchen, einem Vöckchen und einem Sportrod, der unter jeder beliebigen Art einer sportlichen Betätigung als Kartenspiel, bestimmt gelitten hätte, und sie wehklagte im Kommen: „Oh, Gene, welche Schande für uns! Ist das Herr Daggett? Guten Tag, wie geht es Ihnen? Es ist sehr lieb, daß Sie gekommen sind, kosten Sie doch, bitte, die Lebensart, sie ist für gewöhnlich ganz erträglich, sind die Omelettes warm, bitte laute, Gene, damit man frische bringt, ah, mir, um Gottes willen, ein wenig Kaffee, Fräulein Saltwood wird gleich herunterkommen, Herr Daggett, sie hat uns erzählt, was für ein Glück es für sie war, daß sie Ihnen unterwegs begegnet ist, hat Ihnen die Tour gefallen, wie waren die Straßen?“ „Ja, ziemlich gut“, sagte Mill.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Sozialdemokratie erklärt  
Abg. Gehrmann  
Amnestiegesetz u. a.  
Nach wie vor lehnt aber die sozialdemokratische Fraktion es ab, einen unbegrenzten Amnestie auch für die schlimmsten Verbrechen auszusprechen. (Sehr wahr! b. d.)  
Diese Auffassung findet ihre volle Bestätigung in den Erklärungen der letzten Tage.  
Selbst die Presse der Parteien, die die weitestgehenden Amnestieforderungen gestellt haben, kann sich der Tatsache nicht mehr verschließen, daß seit der Ankündigung einer allgemeinen Amnestie ein gewaltiges Anwachsen der öffentlichen Unruhen und des blutigen Terrors zu verzeichnen ist. So schreibt der Berliner „Angriff“ vom 20. Juni 1932: „Offener Bürgerkrieg ruft durchs Land“. Es zeigt sich bereits, zu welchen Zuständen die bloße Ankündigung einer unbegrenzten Amnestie führt. Ihre Verwirklichung würde eine weitere Steigerung der Unruhen, eine ge-

waltige Vermehrung des vergossenen Blutes bedeuten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Für solche Folgen lehnt die sozialdemokratische Fraktion jede Verantwortung ab. Sie lehnt die volle Schwere der Verantwortung den Parteien zu, die die Hoffnung auf ultieme Amnestie und durch Streichung eines festen Stichtages in dem früheren Amnestiegesetz sogar die Hoffnung auf künftige Amnestie gesetzt haben.  
Der sozialdemokratischen Fraktion erscheint es als unverzeihbar mit der Rechtschaffenheit, die der Staat dem friedliebenden Bürger zu garantieren hat, wenn auch die allerhöchsten Gewaltverbrechen gegen Leib und Leben und gegen die öffentliche Sicherheit — und gar noch völlig bedingungslos — in die Amnestie einbezogen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es erscheint unerträglich für das Rechtsgefühl, daß die zahlreichen politischen Totschläger, deren Taten allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres vierzig Todesopfer verursacht haben, auch nicht einen einzigen Tag ihrer Strafe verüben, zum großen Teil nicht einmal abgeurteilt werden sollen. Es ist dies auch ein schreiendes Unrecht angesichts der Tatsache, daß wegen viel leichter Verbrechen verurteilte Täter in den letzten Jahren ihre Strafen voll verbüßt haben.

beruht. In den anderen Delegationen sieht man ihn als Versuch einer weiteren Gruppenbildung neben dem Räterebellion an, indem die vier Räte als ständige Ratsmitglieder ohnehin schon eine besondere Stellung inne haben.  
**Willi Harder**  
**Schreibt aus dem Gefängnis**  
Er wendet der SPD., dem Zutreiber des Faschismus, den Mörder Greifswald, den 20. Juni 1932. (Strafanstalt).  
In  
die Sozialdemokratische Partei Deutschlands,  
1. Bd. des Landtagsabgeordneten Genossen Reichmann,  
Straßburg.  
Werte Genossen!  
Ich ersuche um Aufnahme in die SPD. Ich bin aus der kommunistischen Partei, der ich elf Jahre lang als Funktionär angehörte, ausgeschieden. Ich war ein halbes Jahr Bezirkssekretär in Stettin und lange Jahre Unterbezirksleiter in Bormpommern.  
Es ist mir unmöglich, weiter einer Partei anzugehören, die in ihrer Führerschaft unfähig ist, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erobern. Der Kadavergehorsam und die Diktatur der Parteibeamten über die einzelnen Mitglieder treibt Tausende in die Hände des offenen Faschismus.  
Ich rufe aus dem Gefängnis allen christlichen kommunistischen Arbeitern zu, sich der einzigen wirklichen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, anzuschließen.  
Mit proletarischem Gruß!  
gez. Willi Harder.

# Neuer Abrüstungsvorschlag Amerikas

## Botschaft des Präsidenten Hoover an die Abrüstungskonferenz Deutschlands Gegenentschrift

Genf, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.)  
Die amerikanische Initiative zur Überwindung des jetzigen Zustandes der Abrüstungskonferenz hat am Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht mit der Verlesung einer Botschaft des Präsidenten Hoover vor der Generalkommission.  
In dieser Botschaft ist ein neuer Gesamtvorschlag zur Abrüstung enthalten, der deutliche und praktische Ziffern enthält. In manchen Punkten geht der Vorschlag über die bisher möglichen Einigungsbasis genannten Angaben hinaus, doch ist er gerade in der Flottenfrage auffallend hinter den Vorschlägen zurück. Die sensationelle Art, in der die Botschaft vor der Konferenz gebracht wurde, kann nicht verwischen, daß durch die eine der amerikanischen Theorien in den Vordergrund geschoben werden soll, daß nämlich die Einsparungen, die aus den Kürzungen der beste Art zur Abtragung seiner Schulden resultieren. So wird von Hoover selbst die Einigung im Hinblick vor jeder Diskussion über einen möglichen Gesamtvorschlag gestellt und Amerikas Haltung in dieser zweiten Frage ist nach wie vor vollkommen offen. Die Ausnahme des Vorschlages Hoovers war im allgemeinen zurückzuführen trotz des starken Wohlwollens, der die Verlesung durch England, Frankreich und Japan machten. Die Bedenken geltend, Spanien wünschte weitergehende Abmachungen, nur Rußland und Italien nahmen Hoovers Botschaft in vollem Maße an, während Deutschland seine weitergehenden Forderungen über den Hoover-Vorschlag stellte.

Der sozialdemokratischen Fraktion erscheint es als unverzeihbar mit der Rechtschaffenheit, die der Staat dem friedliebenden Bürger zu garantieren hat, wenn auch die allerhöchsten Gewaltverbrechen gegen Leib und Leben und gegen die öffentliche Sicherheit — und gar noch völlig bedingungslos — in die Amnestie einbezogen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es erscheint unerträglich für das Rechtsgefühl, daß die zahlreichen politischen Totschläger, deren Taten allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres vierzig Todesopfer verursacht haben, auch nicht einen einzigen Tag ihrer Strafe verüben, zum großen Teil nicht einmal abgeurteilt werden sollen. Es ist dies auch ein schreiendes Unrecht angesichts der Tatsache, daß wegen viel leichter Verbrechen verurteilte Täter in den letzten Jahren ihre Strafen voll verbüßt haben.

Wir bringen dieses äußerst interessante Schreiben vorläufig ohne Kommentar und werden später darauf eingehen.  
**Will Papen die SPD. verbieten?**  
Nach hier heißt die Nazipresse — Ermüdigungen in Berlin  
Die Regierung der Nazis barone zerbricht sich bereits seit dem Tag ihrer Existenz den Kopf darüber, wie sie in dem neuen Reichstag eine Mehrheit erhalten kann. Ihre Hoffnung, daß sich die Splitter der bürgerlichen Mitte zu einer neuen Partei zusammenfinden, und dank der finanziellen Unterstützung der Nazisbarone in deren Jahressitzungen, sind nicht in Erfüllung gegangen. Angesichts dieser Enttäuschung und der Bemühungen, unter allen Umständen eine Mehrheit in dem neuen Reichstag zu erreichen, erwägt man jetzt in der Wilhelmstraße allen Ernstes die Ausschaltung der Kommunisten durch ein Verbot der SPD. Auch diese Ermüdigungen sind auf die Nazipartei zurückzuführen, deren Presse tagtäglich das Verbot der kommunistischen Partei fordert.

# Die Folgen der Aufhebung des SA.-Verbots

Die Botschaft Hoovers erklärt einigangig, Details müßten jetzt noch beiseite gelassen und eine großzügige Methode für die Herabsetzung der Rüstungslasten angewandt werden. Das würde den wichtigsten Schritt für die wirtschaftliche Erholung darstellen und in den nächsten Jahren eine Verschwendung von mindestens 10 Milliarden Dollar der Welt ersparen. Folgende Prinzipien müßten die Richtlinien leiten: Rüstungen dürfen nur zur Verteidigung verwendet werden, was den größten Wert des Relinquierens darstellt. Die Verteidigungskraft müsse durch Schwächung der Angriffskraft erhöht werden. Herabsetzungen müßten die Aktivität untereinander berücksichtigen. Die Herabsetzungen seien konkret und wirksam sein sowie zu einer wahrhaft wirtschaftlichen Entlastung führen. Alle Land-, See- und Luftkräften seien abhängig voneinander, deshalb dürfe kein Kapitel der Rüstungen von anderen getrennt werden. Von diesen Grundsätzen ausgehend, schlägt Amerika eine Herabsetzung der Rüstungen um ungefähr ein Drittel vor.

## Überall Gewalttaten der Nazis — Proteststurm der friedliebenden Bevölkerung beim Reichspräsidenten

Hannover, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.)  
Die Südstadt Hannovers, das Beamtenviertel, in dem die Nazis sich besonders stark fühlen, weil die Arbeiterschaft nur eine Minderheit darstellt, war in der Nacht zum Mittwoch wiederholt der Schauplatz nationalsozialistischer Exzesse. Man hatte einen großen Schlag geplant. Eine Reichsbannerkameradschaft sollte beim Verlassen ihres Versammlungsorts in eine Nebenstraße gedrängt und dort „verdrückt“ werden. So hatten sich bereits am Dienstag nachmittags SA.-Leute gesammelt. Es waren deshalb größere Truppen von SA.-Leuten in den verschiedenen Nazivolken zusammengezogen.  
Einem Nazivolk gegenüber liegt das ehemalige kädtische Waisenhaus, in dem jetzt Notwohnungen eingerichtet sind und in dem auch Kommunisten wohnen. Ohne jede Veranlassung versuchte gegen 20 Uhr die SA. in Stärke von 50 Mann einen regelrechten Sturm auf das Haus durchzuführen. Die Nazis wurden jedoch von den Bewohnern daran gehindert und einige Zeit später von einem Ueberfallkommando zerstreut. Durch diese „Voreiligkeit“ eines Sturmes wurde der Ueberfall auf die Reichsbannerkameraden vereitelt. Sie waren gewarnt. Um 21.15 Uhr versuchten SA.-Leute einen zweiten Sturm auf das ehemalige Waisenhaus, der ebenfalls abgeblasen wurde. Diesmal wurde ein parteiloser und unbeteiligter junger Mann, der sich in Sicherheit bringen wollte, von einem SA.-Mann erheblich am Auge verletzt. Inzwischen waren auch die in anderen Nazivolken nationalisierten SA.-Leute zum Angriff übergegangen. Sie drangen in die See- und Lutherstraße ein und versuchten einzelne Reichsbannerkameraden, die auf dem Heimweg waren, zu überfallen. Jedoch traf hier, bevor es zum Handgemenge kam, der Ueberfallkommando der Polizei ein. Sechs SA.-Rowdys konnten festgenommen werden. Es wurden Revolver, Schlagringe, Totschläger und andere Waffen gefunden. Gegen 11 Uhr zog wieder ein Trupp von über 100 Mann in geschlossener Kolonne durch die Seestraße und machte, allerdings erfolglos, Jagd auf Republikaner.

Nationalsozialisten und Kommunisten die Rede ist. Der Bundesvorstand des Reichsbanners legt entschieden Verwahrung ein gegen diese bewußt auf Schaffung einer Bürgerkriegsatmosphäre gerichtete Hege und fordert Einschreiten des Reichsinnenministeriums als verantwortliche Stelle.  
Frankfurt a. M., 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.)  
Die seit zwei Tagen andauernden terroristischen Uebergriffe der nationalsozialistischen Studenten an der Frankfurter Universität führten am Mittwoch zu heftigen Zusammenstößen.  
Ungefähr 200 uniformierte SA.- und SS.-Nazis, also meist universitätsfremde Elemente, besetzten die Räume der Universität und jagten das Hochschullehrer, nachdem ein Nazistudent vom Universitätsballon aus Reden gehalten hatte. Darauf drangen die Nazis in die Universität ein und schlugen ohne jede Veranlassung wahllos mit Totschlägern, Knöpfen und Dolchmessern auf die republikanischen Studenten ein. Die Polizei konnte die Universität die Erlaubnis dazu verweigerte. Der Rektor ordnete vielmehr die vorübergehende Schließung der Universität an. Das Gebäude wurde rasch geräumt.  
Im Anschluß an diese Vorgänge kam es zu Zusammenstößen in der Nähe des Universitätsgebäudes zwischen Nationalsozialisten und Polizei, bei denen einem Beamten der Polizei mit einem harten Gegenstand zerhackt und eine schwere Kopfverletzung zugefügt wurde. Zahlreiche Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Der Hausmeister der Universität erlitt im Gedränge eine klaffende Kopfverletzung.  
An den Reichspräsidenten, den Reichsinnenminister und den preussischen Unterrichtsminister wurde von den republikanischen Verbänden Frankfurts folgendes Telegramm gerichtet: „Die bisher völlig ruhige Universität Frankfurt a. M. ist seit zwei Tagen Schauplatz wüster Kundgebungen und Angriffe der SA. und SS. Obgleich am Dienstag mit den Nationalsozialisten vereinbart, ohne Uniform in der Universität zu erscheinen, besetzten am Mittwochmorgen Kolonnen uniformierter SA. und SS. erst den Vorplatz und drangen später in die Räume der Universität ein. Hier schlugen sie auf andersgeartete Studenten und Studenten mit Totschlägern und Knöpfen ein. Es gab Verletzte und Schwerverletzte. Die Schlägertruppen setzten sich auf der Straße fort. Der Rektor schloß die Universität. Republikanische Bevölkerung und Studenten von Frankfurt a. M. protestieren gegen Terror und Verletzung der SA. und SS. und fordern künftiges Eingreifen.“

Für die Aufrüstungen: Abschaffung aller Bombenflugzeuge und Verbot jedes Luftbombardements.  
Für die Seeaufrüstung: Herabsetzung um ein Drittel der Zahl und Gesamttonnage der durch Verträge festgesetzten Schiffe, Verminderung um ein Drittel der Flugzeugmuttergeschiffe, Kreuzer und Torpedoböser, Verminderung um ein Drittel der U-Boottonnage, so daß kein Staat mehr als zusammen 1000 Tonnen U-Boote behalte. Da England, Amerika und Japan die Grenzen ihrer Kreuzer, Torpedoböser und Boote durch den Londoner Vertrag bestimmt hätten, könnten Seestreitkräfte Frankreichs und Englands so beschränkt werden, als seien sie in den Londoner Vertrag eingeschlossen.  
Nach Verlesung der Botschaft gab Gibson noch einige wichtige persönliche Erklärungen. Er sagte die Döner auf, die Amerika bringen bereit sei. Es verpflichtete sich, als Teil dieses Programms mehr als 300 000 Tonnen Axiesschiffe zu liefern und auf den Bau von mehr als 50 000 Tonnen zu verzichten. In Rußland würden in Amerika mehr als 100 000 Tonnen Schiffe und 900 Tausend Tonschiffe sowie in der Ostsee Bombenflugzeuge.  
Für Deutschland gab Kadohny anstelle des ebenfalls anwesenden Außenministers von Neurath eine Erklärung ab, die wenig Eindruck machte. Er begrüßte Hoovers Vorschlag mit Genugtuung, doch sei er sehr gemäßigt. Deutschland dürfe weiter gegangen und habe viel energischer Maßnahmen zu ergreifen.  
Das Ergebnis der Aktion, an der mit Ausnahme von Frankreich, MacDonald und von Papen sämtliche hier anwesenden Staatsmänner und die Delegierten teilnahmen, war die nächste Einreichung des Hoover-Vorschlages in die Verhandlungsgegenstände der privaten Ausprachen, die am Donnerstag fortgesetzt werden sollen. Die Generalkommission wird erst wieder zusammentreten, wenn diese Ausprachen zu vorläufigen Ergebnissen geführt hat.

Einem Nazivolk gegenüber liegt das ehemalige kädtische Waisenhaus, in dem jetzt Notwohnungen eingerichtet sind und in dem auch Kommunisten wohnen. Ohne jede Veranlassung versuchte gegen 20 Uhr die SA. in Stärke von 50 Mann einen regelrechten Sturm auf das Haus durchzuführen. Die Nazis wurden jedoch von den Bewohnern daran gehindert und einige Zeit später von einem Ueberfallkommando zerstreut. Durch diese „Voreiligkeit“ eines Sturmes wurde der Ueberfall auf die Reichsbannerkameraden vereitelt. Sie waren gewarnt. Um 21.15 Uhr versuchten SA.-Leute einen zweiten Sturm auf das ehemalige Waisenhaus, der ebenfalls abgeblasen wurde. Diesmal wurde ein parteiloser und unbeteiligter junger Mann, der sich in Sicherheit bringen wollte, von einem SA.-Mann erheblich am Auge verletzt. Inzwischen waren auch die in anderen Nazivolken nationalisierten SA.-Leute zum Angriff übergegangen. Sie drangen in die See- und Lutherstraße ein und versuchten einzelne Reichsbannerkameraden, die auf dem Heimweg waren, zu überfallen. Jedoch traf hier, bevor es zum Handgemenge kam, der Ueberfallkommando der Polizei ein. Sechs SA.-Rowdys konnten festgenommen werden. Es wurden Revolver, Schlagringe, Totschläger und andere Waffen gefunden. Gegen 11 Uhr zog wieder ein Trupp von über 100 Mann in geschlossener Kolonne durch die Seestraße und machte, allerdings erfolglos, Jagd auf Republikaner.

Am Mittwoch Abend kam es in Berlin wiederum zu schweren Zusammenstößen, die in der Hauptsache von Nationalsozialisten und Kommunisten bestritten wurden. Wiederum sind zahlreiche Verletzte zu verzeichnen, darunter zahlreiche Reichsbannerleute, die von Nationalsozialisten überfallen wurden.  
Am Mittwoch Abend fand anlässlich der Eröffnung eines Nationalsozialisten in der Schleiermacherstraße Gde Gneisenaustraße ein Lokaltreffen statt. Der Vorkanal ernannte sich in der Nacht zum Mittwoch. Das Ergebnis dieses Lokaltreffens und der Zeugnisaussagen steht in erheblichem Widerspruch zu den ersten Meldungen über die Brutalität und läßt erkennen, daß die Schuld nicht nur bei den Kommunisten sondern zu gleichen Teilen bei den Nationalsozialisten trifft. Sie haben, wie zweifelsfrei feststeht, die Kommunisten provoziert und die ersten Schläge übergeben. Die Kommunisten darauf zurückgegriffen, nachdem sie von Nationalsozialisten verstoßen. Bei dieser Gelegenheit ist offenbar von kommunistischer Seite der tödliche Schuß auf den Nationalsozialisten abgegeben worden.

Paris, 22. Juni (Eig. Drahtbericht.)  
Die Abrüstungsbotschaft des Präsidenten Hoover in Frankreich und in den Kreisen der französischen Delegation wie eine Bombe eingeleitet. Sie ist fast allgemein als Kritik an dem demokratischen Vorschlag Hoovers und als ein Ultimatum bezeichnet, das weder der Abrüstungskonferenz förderlich sein, noch die Aufgabe der Abrüstungskonferenz erleichtern kann.  
Sozialdemokratische „Republik“ dem amerikanischen Vorschlag eine Begrüßung.

Die Bundespreßstelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilte mit:  
Der Gau Volkskammern Heffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold übermittelte dem Reichspräsidenten telegraphisch eine außerordentlich umfangreiche Zusammenfassung von Einzelfällen anerkennter nationalsozialistischer Terrors in Heffen. Der Reichspräsident teilte dem Reichsbanner mit, daß er das ihm zugeleitete Material dem Reichsminister des Innern zur weiteren Veranlassung überweisen habe.  
Die Bundesleitung des Reichsbanners hat an den Reichsminister des Innern ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die Anordnungen des Berliner Nazistates protestiert wird. In dem Telegramm heißt es unter anderem:  
„Nach zahllosen Verhaftungen wird in zweifelhafter Weise von Reichsbannerleuten des Reichsbanners und der Kommunisten gefordert, ohne daß in den angeführten Fällen Angeklagte ein einziges Reichsbanner betretender Fall angegeben werden kann, sondern nur von Zusammenstößen zwischen“

Am Mittwoch Abend kam es in Berlin wiederum zu schweren Zusammenstößen, die in der Hauptsache von Nationalsozialisten und Kommunisten bestritten wurden. Wiederum sind zahlreiche Verletzte zu verzeichnen, darunter zahlreiche Reichsbannerleute, die von Nationalsozialisten überfallen wurden.  
Am Mittwoch Abend fand anlässlich der Eröffnung eines Nationalsozialisten in der Schleiermacherstraße Gde Gneisenaustraße ein Lokaltreffen statt. Der Vorkanal ernannte sich in der Nacht zum Mittwoch. Das Ergebnis dieses Lokaltreffens und der Zeugnisaussagen steht in erheblichem Widerspruch zu den ersten Meldungen über die Brutalität und läßt erkennen, daß die Schuld nicht nur bei den Kommunisten sondern zu gleichen Teilen bei den Nationalsozialisten trifft. Sie haben, wie zweifelsfrei feststeht, die Kommunisten provoziert und die ersten Schläge übergeben. Die Kommunisten darauf zurückgegriffen, nachdem sie von Nationalsozialisten verstoßen. Bei dieser Gelegenheit ist offenbar von kommunistischer Seite der tödliche Schuß auf den Nationalsozialisten abgegeben worden.

# Arbeiter-Sport

## Die Leichtathletik am „Rast“

Die Auslosung zu den Einzelwettkämpfen sowie Stafetten ergibt folgende Teilnehmer:  
 (4x100-Meter-Stafette: a) Jugend, 1. Vorlauf: Schwimmer 1, 1. und 2. und 5. Abt. 1 und 5. Abt. II; 2. Vorlauf: Ruderer, Mattabi, 7. Abt., Schwimmer II. Die ersten drei jedes Vorlaufes nehmen am Nachmittag am Endlauf teil, b) 4x100-Meter-Stafette, Männer, 1. Vorlauf: F. T. D., Lissa, Ruderer, West 1921, 1. und 12. Abt. F. T. B., 2. Vorlauf: Mattabi, 2., 4. und 7. Abt. und 1897; 3. Vorlauf: Freie Menschen, 5. und 6. Abt. F. T. B. und Nordost.

Die ersten beiden jeden Vorlaufes kommen am Nachmittag in den Endlauf. Für Sportlerinnen und Männer B-Klasse (hier startet noch 7. Abt. III. Mannschaft) finden sich keine Vorläufe statt. Die Teilnehmer der 100-Meter-Einzelkämpfe werden früh vor Startbeginn für die einzelnen Vorläufe ausgelost. Sämtliche Teilnehmer der Stafetten — wie Einzelwettkämpfe müssen um 8 Uhr startbereit im Stadion stehen.

### Arbeiter-Sport-Kartell Breslau e. V.

Ordnung im Stadion! Treffpunkt Sonntag, 13.20 Uhr, am Haupteingang zur großen Kampfbahn.  
 Karten zur Jugendveranstaltung am 25. Juni sofort im Kartellbüro abholen!

**Gesellschaftsspiele am 24. Juni**  
 17.30: Eintracht III — Nemania III, Rasselwitz, 222.  
 18.30: Eintracht I. Jgd. — Stern I. Jgd., Groß-Mochbern, 78.  
**Zum „Rast“ in Obernigt spielen am 26. Juni**  
 15.20: Obernigt II — Sportfreunde II, Obernigt, 109.  
 17.30: Obernigt I — Sportfreunde I, Obernigt, 109.

### Fußball

**Bezirksklassierer.** Die Vereine Bernstadt, Tasmania, Pfeil, Einheit, Wratistawia, 1921, Stern, B. I. K., Oswig, Canth und Koberwitz werden letztmalig aufgefordert, bis 27. Juni die Bezirksrückstände zu begleichen, sonst ab 28. Juni Spielsperre.  
**W. S. B. Einheit.** Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, Vollversammlung bei Bahn, Hilbrandtstraße 10.  
**W. S. B. Wratistawia.** Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, Monatsvollversammlung bei Bergbauer, Mauritiusstraße 24.  
**W. S. B. 1921.** Donnerstag, 14. Juli, 20 Uhr, Jahresversammlung im Vereinslokal.

### Freie Turnerschaft Breslau

5. Männer- und Jugendabteilung, Handballspieler bis Freitag, 1. Juli, Handballtitels abgeben.  
 An die Arbeiter-Sport-Kartell als Aufsicht für den am 26. Juni in allen Teilen Deutschlands stattfindenden Reichsarbeiter-Sporttag veranstaltet die 4. Männer-Abteilung der F. T. B. eine Werbeveranstaltung am Freitag, dem 24. Juni in der Turnhalle Reichstraße. Unkostenbeitrag 10 Pf. Kinder haben freien Eintritt. Der Beginn der Veranstaltung ist auf 19 Uhr gesetzt.

### Wassersport

**Freie Schwimmer Breslau.** Kast-Festzug. Am 12. Juni um 12 Uhr am Gewerkschaftshaus. Kleider werden nach dem Stadion transportiert. Karton oder Kuffak mit Namen mitbringen. Abmarsch nach dem Neumarkt um 12.30 Uhr. — Abteilungs-Okt. Sonnabend, den 25. Juni, 18 Uhr, im Stadion wichtige Kinderversammlung.

**Jugendabteilung.** Heute, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus Kundgebung der Jungen Front. Alle Jugendlichen, die zur Jungen Front stehen, beteiligen sich daran. Karten für die Jugendveranstaltung im Naturtheater am Rast-Sonnabend 10 Pf. sind bei den Abteilungs-Jugendfunktionären zu haben.  
**Rettungsdienst an der oberen Oder am 26. Juni 1932**  
 Wache 1: Rudwig, Wogt; Wache 2: F. Fabian, G. Peltz; Wache 3: A. Fallenhelm, A. Seibel.

### Athletik

Das Gewichtheben der Athleten beginnt bereits um 17 Uhr in der Wagnerkampfbahn, nicht wie im Programm vorangezeichnet um 18 Uhr. Der 3000-Meter-Lauf der Männer findet erst um 18.45 Uhr nicht 18.05 Uhr statt.

### Kulturvereine

Freie Menschen Breslau, Freitag, 24. Juni, 6. Heimabend der Gewerkschule, Festzugsteilnehmer, Fußballspieler, Käufer sind anwesend. „Rast“-Vorkaufstarten im Heimabend abbrechen. Treffpunkt zum Festzug am 26. Juni, 12 Uhr in der Sandstraße 1, im Lokal der Kriegsbeschädigten. Umkleiden verboten. Am Sonntag herrscht Geländeverbot. Ordner für das Stadion melden sich im Heimabend.

Unwiderenlich nur noch bis 26. Juni, täglich ab 3 Uhr, das Fest der schlesischen Heimat, das Breslauer

# Johannistag

(gegenüber der Jahrhunderthalle)

## Heute Donnerstag

5.30 Uhr: **Motorrad-Geschicklichkeitsprüfungen** des Motorsport-Klub Breslau 1920 e. V.  
 6 Uhr: **Freiballon-Aufstieg** von Elvira Wilson u. große Ballon-Berfolgung jeder Automobilist u. Motorradfahrer teilnehmen berechtigt. (Für jede Kategorie je 3 Ehrenpreise)

## Morgen Freitag

**Johannistag / Größter Elitetag**  
 5 Uhr: **Freiballon-Aufstieg** von Elvira Wilson  
 6 Uhr: **Handball-Repräsentativkampf** Polizeiverein Oppeln gegen Stadtmannschaft Breslau  
 9.30 Uhr: **Riesenfeuerwerk / Johannistfeuer**

**Täglich gr. Sportkämpfe.**  
**Hugo Haack's**  
**Schaustellungen.**  
 Eintritt: 20 Pf., Kinder 10 Pf.  
 Elite- u. Sonntag 30 Pf., 12 Uhr mit  
 Tageskarten bei Barack, Wertheim, Hainauer u. Horpe.

### Sonntags-Anzeigen

Am 20. Juni verschied plötzlich und unerwartet durch Unfall mein lieber guter Mann und Vater, der Invalide

## Robert Willner

im Alter von 68 Jahren.  
 Breslau-Kl. Mochbern, den 23. Juni 1932.  
 Mühlingsstraße

### Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Freitag, den 24. Juni, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Kl. Mochbern.

Am 21. Juni verstarb infolge eines Unfalles unser lieber Parteigenosse

## Robert Willner

im Alter von 68 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
**Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Groß-Breslau.**

Beerdigung: Freitag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, nach dem Friedhof in Klein Mochbern.  
 Trauerhaus: Klein Mochbern. Distrikt 46.

**Vorstand der Brauereiarbeiter- und Brauerarbeiten**  
 Am 20. Juni verschied unser langjähriges Mitglied, der Brauerarbeiten

## Karl Janik

im Alter von 58 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.**  
 Beerdigung: Freitag, den 24. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem ev. Friedhof in Hundsfeld.  
 Trauerhaus: Pawelwitz Kreis Trebnitz.

Am 20. Juni, abends 7 Uhr, verschied nach längerer Krankheit unser Kollege, der Pensionär, frühere Miliführer

## Karl Janik

im Alter von 58 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Kollegen der Freiw. Bestattungsbeihilfe der Schallkaff-Patzenhofer-Brauerei, Abt. V. beim**  
 Beerdigung: Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von Trauerhaus in Pawelwitz aus, nach Hundsfeld.

**Gesamtvorstand der Arbeitnehmer**  
 Sektion: Gas, Wasser, Elektrizität  
 Am Dienstag, den 21. Juni, verstarb unser wertiges Mitglied, der Pensionär

## Robert Blaschek

im Alter von 66 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
**Die Ortsverwaltung Breslau.**  
 Beerdigung: Freitag, den 24. Juni, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Laurentius-Friedhofes, Anzenstraße.

**Kauff** im 1730  
**Fahrradhaus Sieg**  
 Neumarkt 19, neben Barack  
**Sieg ist billig!**

Decken ab 1.35, Pedale ab 0.75, Kette ab 0.65, engl. Lenker ab 1.50, Rücktrittreifen kompl. ab 5.95, Rotax-Reise ab 1.95, Rahmen kompl. ab 13.95, Reize, gemalt 25.—, Räder kompl. m. Freilauf ab 45.50  
 Gesessenen erhalten 5% Rabatt!

### Nachruf!

Der Humboldt-Verein für Volksbildung betrauert tief den Heimgang seines Vorsitzenden, des

### Herrn Oberstudienrates

## Professor Dr. Julius Schiff

45 Jahre hat Professor Schiff dem Vorstande des Vereins angehört, ihn im letzten Jahrzehnt als 1. Vorsitzender geleitet und aus seiner weiten Interessenwelt dem Verein immer neue Gebiete eröffnet und ihn damit zu einer außerordentlichen Blüte geführt. Den Zielen des Humboldt-Vereins gehörte seine ganze Liebe, aber auch den Herzen der Mitglieder hat der wissensreiche, gütige und rührend bescheidene Mann die tiefste Liebe und Verehrung abgewonnen. So wird sein Andenken in allen Teilen des Vereins als das eines umsichtigen Führers und weisen Beraters fortdauern. 1925

Breslau, den 21. Juni 1932.

**Der Vorstand, Ausschub und die Mitglieder des Humboldt-Vereins für Volksbildung.**

### STADTTHEATER

Donnerstag, 20 bis gegen 23

### Schwarzwaldbüchel

Freitag, 20 bis gegen 23

Abonnements-Vorstellung C 18

### Marbeth

Sonabend, 19.30—22.45

### Zaniniker.

### Spezialhaus für

### Flak- und Seefische

### Konrad Fischer

Breslau 10, Leinwand 5a

Ecke Kreuzstraße

Groß, eich. Schlafzimmer mit feinen Beizehlemern, vollständig komplett, sofort zum Spottpreise von RM. 535.— zu verkaufen

S. Brandt & Co., Gartenstr. 65, I. (neben Capitol)

Spottbillige Hauszeitung 1975

43.—, 27.50 u.

unverg. Zeithefte 00

Meter 1.50, 1.30 u. 30

Yoniker, Brautzeit, Feldarbeiten, Zeithefte

sehr preiswert. 6133

### J. Gredzka

Industriestrasse 11

### Druderei

### Volkswacht

besitzt

moderne Druckmaschinen

Breslau 2, Gärtenstr. 46

Heute **Südpark-Konzert**  
 20 Uhr  
 der Schles. Philharmonie

**Bettfedern**  
 kaufen Vertrauenssache  
 streng reell u. preiswert in der Böhmisches Bettfedern-Niederlage  
**Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.**  
**Kein Laden!** 9551

**Uhren u. Goldwaren**  
 Spezialität 1783  
**Fasciose Trauringe**  
**Paul Alter**  
 Postfachstr. 17  
 Neben Händelplatz

**Wanzen? Suchen Sie Selbst?**  
 wie 1, 2. Hpp., Bettbesp. usw.? Können. Ausl. durch **Otto Lange, Breslau 2**  
 Postfachstr. 27. Anfr. Rückp.

**Genossen**  
 Genossinnen  
 Eure Familienanzeigen der **Volkswacht**  
 Besuche eigenen, 5 teiligen Sämtl. mit Spiegel, 1.60 Preis, 2 eichene Schellen, 190x90. Schöb, Bornert-Platz 34, Esh., 91.

Telephon 34157/8

**76 Waggon Wein = 383 776 Liter**

wurden innerhalb eines Jahres eingeführt durch

## Weinhaus Herzberg & Co.

in folgenden Geschäften erfolgt der Verkauf zu billigsten Preisen:

Hauptgeschäft: Höfstenstraße 46

Filialen: Blücherplatz 17-18  
 Michaelsstraße 5  
 Leutenstraße 10  
 Klosterstraße 64  
 Selenkestraße 17

Filialen: Frankfurter Straße 105  
 gegenüber dem Schützenhaus  
 Gneisenauplatz 7  
 Niederlage: Grünbacher Straße 66

### Vom Faß das ganze Liter:

**Mosel — Rhein — Pfalz** Das ganze Liter  
**Wermut — Kräuter — Heilweine** Das ganze Liter  
**Oberhardter, zur Bowle .. 0.70**  
**Dürkheimer, rot .. 0.85**  
**Godramstener 1930er .. 0.85**  
**Edelheimer Straße 1929er .. 1.—**  
**Ellenser Mark 1930er .. 1.—**  
**Rotwein, span., sehr feurig 1.10**  
**Wermutwein, deutsch .. 0.70**  
**Wermutwein, extra stark .. 0.95**  
**Wermuthwein, italien. .. 1.20**  
**Kräuterwein .. 0.80**  
**Gewürzwein .. 0.80**  
**Pepinwein, magenstärkend 1.60**  
**Baldrian, gibt Schlaf .. 1.60**

### Süße Südweine

Das ganze Liter  
**Muskateller .. 1.—**  
**Dezertwein, rot .. 1.—**  
**Ital. Dessertwein, 22% .. 1.20**  
**Tarragona .. 1.—**  
**Pfalza, goldgelb .. 1.20**  
**Samos, vollsüß .. 1.40**  
**Sherry, mild gezehrt .. 1.60**  
**Ungarischer Süßwein .. 1.50**  
**Douro-Portwein, rassig .. 2.—**

Traubensaft .. p. Flasche 1.10

### Obstweine

Das ganze Liter  
**Cyder, süß (Malvino) .. 0.50**  
**Heidelbeerwein, süß .. 0.70**  
**Johannisbeerwein, süß .. 0.70**

### Fruchtsäfte

Das ganze Liter  
**Himbeersaft .. 1.20**  
**Zitronenmost, natur .. 1.—**  
**Orangeade .. 1.40**

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Liter ca. 1 u 1/2 Rheinweinflasche füllt. Literflaschen, Korbflaschen und Fässer leihweise Billigste Bergsquelle für Wiederverkäufer und Festlichkeiten aller Art

### Ein billiger und praktischer Reiseführer

**Die 12 Arbeiter-Reise- und Wander-Führer**

Führer durch die schönsten Gebiete Deutschlands und der österreichischen Alpenländer — Arbeiter-Fahrbücher über die deutschen Ströme — Zahlreiche Abbildungen und Orientierungskarten — Praktische Winke für verbilligte Reisen und Wanderungen — Vollständiges Adressenverzeichnis der Volkshäuser, Ferienheime der Naturfreunde, der Gewerkschaften, der Arbeiterjugend, der Jugendherbergen und sonstiger billiger Unterkunfts-möglichkeiten — Ein stattlicher Band von 650 Seiten im Taschenformat

Der beste Ferienberater

Preis nur **2 MARK**

**Ein höchst fesselndes Kulturgeschichtsbuch**

**Volkswacht-Buchhandlung, Breslau, Flursiedlung**

## Breslauer Nachrichten

### Eine Gerichtsentscheidung über Materialrückgabe durch die SWP.

Bekanntermaßen hat die Spaltung in Breslau, wie schon öfters, die höchst unerfreuliche Nebenwirkung materieller Auseinandersetzung zur Folge gehabt. In der letzten Unterstellung, als sei nicht ein Teil — und es ist mittlerweile ein immer größerer Teil geworden — aus der SWP. zwecks Neugründung eigener Partei ausgetreten, sondern sozusagen die rechtliche Sozialdemokratie Sendewitz und Erdsteins Suren gelöst, hat man in Breslau nicht nur mehrere tausend Mark Beitragsmarken einfach, na lagen wir beschlagnahmt, sondern auch auf Kosten der Gesamtorganisation angeschaffte Materialien der Bewegung, Panfaren usw., „entlehnt“. Hierum wird nunmehr ein ziemlich langwieriges Prozedere durchgeföhrt, das der derzeitige Vorsitzende der Breslauer SWP. kunstvoll in die Länge zu ziehen versteht.

Anderwärts ist über einen ähnlich liegenden Fall schneller entschieden worden. So hat die Bezirksleitung Nordwest der SWP. gegen die verantwortlichen SWP.-Mitglieder, die Material der sozialistischen Arbeiterjugend in Vergebar auf gleiche Weise sich beschlagnahmt hatten, dieser Tage folgende Entscheidung getroffen:

Die Besagten werden als Gesamtschuldner verurteilt, an den Kläger 2 Rundbriefe mit Zubehör, Zettelsack, 4 Zettelsachen, 2 Zeltbretter, 1 Spaten, 215 Bibliotheksbücher, Stempel, Spartaten, Marken, Postkarten und Panier herauszugeben und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Den Besagten wird jedoch nachgelassen, die Vollstreckung des Urteils vor dessen Rechtskraft durch Sicherheitsleistung in Höhe von 330 RM. abzuwenden.

### Rundfunk-Probeanlagen

Privatpersonen dürfen sie nicht kostenlos anlegen

Von der Oberpostdirektion geht uns über diese Frage folgende Mitteilung zu, die manche noch bestehende Unklarheit in dieser Frage beseitigen dürfte.

Ueber den sogenannten Probebetrieb von Rundfunkempfangsanlagen herrschen immer noch vielfach falsche Ansichten. Rundfunkprobeanlagen dürfen nur von Funkhändlern oder Unternehmern, die sich gewerbsmäßig mit der Einrichtung von Rundfunkanlagen befassen, errichtet werden. Sie müssen zahlende Rundfunkteilnehmer und im Besitze einer besonderen Genehmigung zur Herstellung von Rundfunkempfangsanlagen auf achtstellige Probe sein. Diese Genehmigung ist bei der zuständigen Oberpostdirektion schriftlich zu beantragen und wird, wenn besondere Bedenken nicht bestehen, kostenlos erteilt. Die wesentlichsten Punkte, die bei der Errichtung von Probeanlagen beachtet werden müssen, sind folgende:

1. Der Unternehmer hat von der Absicht, bei einer bestimmten Person oder Firma eine Rundfunkempfangsanlage auf Probe einzurichten, der Zustellpostanstalt, in deren Bereich die Anlage eingerichtet werden soll, schriftlich Mitteilung zu machen. Nach Fertigstellung der Anlage hat der Unternehmer dieser Postanstalt den Tag der Fertigstellung sofort schriftlich anzuzeigen.
2. Innerhalb 8 Tagen — den Tag der Fertigstellung der Anlage mitgerechnet — hat der Unternehmer der erwähnten Postanstalt unverzüglich mitzuteilen, ob die Anlage endgültig übernommen wird oder nicht.
3. Falls die Anlage nicht übernommen wird, ist sie sofort abzubrechen.

Die Anlage darf also keinesfalls länger als 8 Tage gebührenfrei betrieben werden, auch dann nicht, wenn nachher verschiedene Geräte bei demselben Kunden aufgestellt werden.

Bei Nichtbeachtung dieser Vorschriften setzen sich der Unternehmer und der Kunde der Gefahr aus, wegen der Errichtung und des Betriebes einer nichtgenehmigten Funkanlage (Schwarzhörner) auf Grund des § 15 des Fernmeldegesetzes vom 14. 1. 1928 zur Verantwortung gezogen zu werden.

Privatpersonen, die sich eine Rundfunkempfangsanlage selbst errichten, können ihre Anlage nicht kostenlos probeweise betreiben, sondern müssen die Anlage vor Errichtung beim Postamt ihres Zustellbezirktes anmelden.

### Genossen aus Neulich

Die APD. veranstaltet morgen, Freitag, 20 Uhr, bei Baumgüt, eine sogenannte Einheitskundgebung. Die Sozialdemokratische Partei und die Eisernen Front haben mit dieser Veranstaltung nichts zu tun. Wir empfehlen unseren Genossen, nicht hinzugehen, da wir dieser Tage hierzu eine besondere Kundgebung haben.

# Massenaufmarsch der Entrechteten

## Gewaltige Protestversammlung der Arbeits- und Kriegsoffer gegen die Nazibarone

Im Gewerkschaftshause strömten gestern abend die Kriegs- und Arbeitsopfer zu einer gewaltigen Kundgebung zusammen, die wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden mußte.

Die Redner, Kollege Pfändner vom Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, und Kollege Gähler vom Hauptvorstand des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands rechneten in längeren Referaten mit den ungeheuerlichen Rentenkurzungen der Batonregierung von Hitlers Gnaden ab und appellierten an die Versammelten, in Gemeinschaft mit der Eisernen Front diesen Raubzug auf die Taschen der Kriegs- und Arbeitsopfer abzuwehren. Nachdem auch unser Reichstagskandidat, Genosse Kuffert, kurz zu den Regierungsmagnahmen Stellung genommen und die Lösung der Gegenwehr gegen die Hitlerbarone ausgegeben hatte, nahm die Versammlung einstimmig die folgende Entschlieung an:

„Die vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen und vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands einberufene Kundgebung vom 22. Juni 1932 in Breslau hat mit Entschlieung davon Kenntnis genommen, daß in der Regierungserklärung u. a. zum Ausdruck gebracht wird, das Deutsche Reich sei zu einer Wohlfahrtsanstalt gemacht.“

Die Versammelten protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, daß wahre nationale Gefühnung nur Strafen, Barone und Generale für sich in Anspruch nehmen.

Mit Entschiedenheit protestieren die Opfer des Krieges und

der Arbeit auch dagegen, daß die unvermeidlichen Kriegskosten innenpolitisch zum größten Teil den schwächsten Schultern aufgelegt werden. Die Kriegs- und Arbeitsopfer müssen in ihrem Glauben an die Treue von Volk und Staat verzweifeln, wenn sie so behandelt werden, daß die bescheidensten Lebensbedürfnisse in keiner Weise sichergestellt sind.

Gegen die weiteren Eingriffe, wie sie mit der Notverordnung auf die Renten der Leichtbeschädigten und Arbeitsopfer vorgenommen werden, erheben die Versammelten flammenden Protest. Sie protestieren weiterhin mit aller Entschiedenheit gegen die erneuten Eingriffe in die gesamte Sozialpolitik. Die versammelten Kriegs- und Arbeitsopfer sind überzeugt, davon, daß nur auf dem Wege der parlamentarischen Gehegung die Erreichung ihrer Ziele um die Sicherstellung des Daseins möglich ist.

Sie fordern deshalb den Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und den Hauptvorstand des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden auf, nichts unversucht zu lassen, um sämtliche Notverordnungsmagnahmen rückgängig zu machen. Die Versammelten geloben, diese Bestrebungen rücksichtslos zu unterstützen.

Alle Opfer des Krieges und der Arbeit, denen es um die Besserung ihrer Lage, sowie um die Erhaltung der allgemeinen Sozialpolitik geht, werden aufgefordert, bei den bevorstehenden Reichstagsmagnahmen nur den Parteien ihre Stimme zu geben, die nicht nur für die Erhaltung der republikanischen Staatsform eintreten, sondern auch gewillt und entschlossen sind, ihr einen sozialen Inhalt zu geben.“

## und der Verzweiflungsprotest der Erwerbslosen

### Erwerbslosensammlung der Eisernen Front

Im überfüllten kleinen Saale des Gewerkschaftshauses hatten sich am Mittwoch die Erwerbslosen der Partei, der Gewerkschaften und des Reichsbanners versammelt.

Genosse Kuffert sprach über „Die Auswirkungen der neuen Notverordnungen“. Er führte aus, daß die neueste Notverordnung alle bisherigen in den Schatten stellt. Und damit ist auch bewiesen, daß die Behauptung der APD., wenn sie immer wieder sagte, daß es uns nicht mehr schlechter gehen könne, falsch gewesen ist. Seit Jahren läßt man Not und Elend allein die Arbeiter spüren, hürdet man Not und Hunger auf die Schultern der Armen. Nun hat man all dem die Spitze aufgesetzt. Die Arbeitslosenunterstützung ist in drei Klassen, nach der Größe der Orte, eingeteilt. In Klasse A (Großstädte) ist der niedrigste Satz 5,10 Mark und der Höchstsatz 27,90 Mark. In Klasse B (mittlere Städte) gehen die Sätze von 5,10 Mark bis 24,30 Mark. Noch niedriger sind sie in Klasse C (Gemeinden), dort gehen sie von 4,50 Mark bis 19,20 Mark.

Dann ging Genosse Kuffert auf die Preisentung ein. Partei und die Gewerkschaften haben sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die bestmögliche Senkung der Preise eingesetzt. Mit dem Senken des Preises hätten auch zugleich

### Öffentliche Kundgebung der Eisernen Front in Schwoitzsch

Freitag 20 Uhr im Gasthaus von Kau

Thema:

„Beginnt so das Dritte Reich?“

Redner:

Genosse Walter Ludwig.

## Massen-Sportfest der Arbeiter-Sportler zum R. A. S. T.

zum **R. A. S. T.**  
am 26. Juni, ab 15.30 Uhr  
im Stadion, Leerbeutel

die Mieten gesenkt werden müssen, aber sie sind im Gegenteil noch immer weiter gestiegen.

Die Verantwortung für das, was in nächster Zeit geschieht, trägt der Reichspräsident. Er ist das Opfer seiner Freunde geworden, die ihn schlecht beraten haben. Er kann nicht wollen, daß Arbeiter mit ihren Familien langsam verhungern. Von APD. und SWP. geht nun, da sie merken, daß ihnen ihre Felle fortzuschwimmen der Ruf nach der Einheitsfront. Wir rufen ihnen immer wieder zu: Unser ganzer Kampf ist nach rechts gerichtet. Wenn ihr ehrlich mit uns kämpfen wollt, nun die „Eiserne Front“ wird euch als neue Kämpfer gern sehen. Für die nächsten Wochen gilt es, allerhöchste Aktivität zu zeigen. Aufklärung muß in die Reihen der noch abseitsstehenden Arbeitslosen und Unterstützungsmitglieder getragen werden.

Die Diskussion in der die Genossen Mühlberg, Schäfer, Schöber, Meinhard und Stals sprachen, war von einer begeisterten Kampfesfreudigkeit, Einheit und Treue. Neue Anregungen wurden gegeben, neu angefaßt zum Kampf.

Darauf gab Genosse Kufelczinski einige organisatorische Neuempfehlungen bekannt. Es sind dies nur allem drei neue Gruppen, die in nächster Zeit eine besondere Rolle spielen werden. Es sind dies die Radfahrerkolonnen, sie haben den Zweck, durch Fahrten in die Dörfer, auf das flache Land, für Aufklärung zu sorgen. Dann ist ein neues Pionierkriterium eingeföhrt, die das Bindeglied zwischen den einzelnen Organisationen sein sollen. Dort können nur Genossen sein, die mindestens ein Jahr Mitglied der Partei sind. Ihre Aufgabe ist es, neu hinzutommende zu schulen und in das Parteeleben einzuföhren. Die dritte Gruppe erledigt hauptsächlich die Erwerbslosenarbeit. Für jede Abteilung soll schon in nächster Zeit ein Arbeitslosenschein geschaffen werden. Dort werden die Erwerbslosen zerstreut und Unterhaltung haben. Es wird also versucht werden, auch ihr Leben etwas interessanter zu gestalten.

Begeisterter Beifall brach an, als Genosse Kufelczinski bekanntgab, daß 620 neue Mitglieder für die Partei gewonnen worden sind.

In folgender

### Entschlieung

wurde die Forderung der Erwerbslosen niedergelegt:

Die am 22. Juni 1932 im Gewerkschaftshause Breslau versammelten erwerbslosen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, der Eisernen Front und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erheben hiermit schärfsten Protest gegen die Notverordnung. Die Hitler-Bapen-Regierung vom 6. Juni 1932, die trotz einer großpreherischen Regierungserklärung nicht Arbeit und Brot, sondern neues Elend und Hunger häuft. Diese Hitler-Bapen-Regierung befolgt in brutaler Weise die reaktionären Profitgeschäfte der Großagrarier und Kapitalisten, um auch die noch im Betriebe stehenden Arbeiter mehr und erbarmungslos ausbeuten zu können. Solche Regierungen finden den eisernen Widerstand der Erwerbslosen, der SWP. und des Reichsbanners und müssen in schärfster Weise bekämpft werden. Treu in der Eisernen Front muß der Kampf gegen notverordneten Hunger ein mit allen Mitteln geföhrt Kampf gegen Hitler-Bapen-Schleicher sein. In diesem Kampf treten die heut versammelten Erwerbslosen an die Spitze der „Eisernen Front“.

# Es macht jetzt wieder Freude,



Zigaretten zu rauchen. Auch für die 3 1/3-Raucher.

Für sie ist es geradezu eine Beruhigung, daß es jetzt in dieser Preislage die Qualitäts-Zigarette gibt.

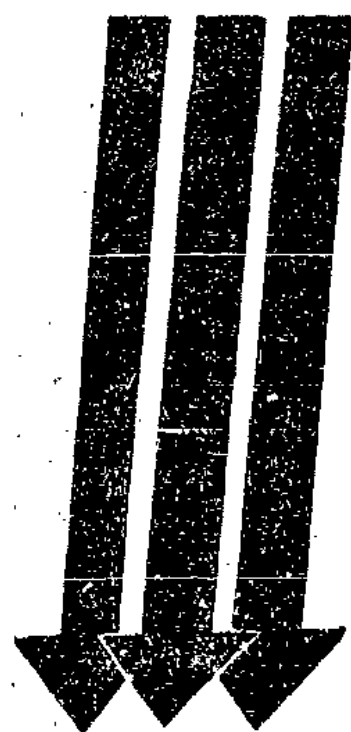
Bulgarischer Tabak, Bulgaria-Zuverlässigkeit, das sind die Grundfesten dieser Zigarette.

Darum: Wenn 3 1/3 — dann Bulgaria!

**BULGARIA**  
**SPORT**

6 Zigaretten 20 Pfg.

die **3 1/3**  
der Bulgaria  
mit Sport-Photos



# Wehrt Euch gegen den S. A.-Terror!

## Kundgebung der Breslauer Arbeiterschaft

am Dienstag, den 28. Juni, im Messehof

Es sprechen:

### Genosse Paul Löbe

### Staatsanwalt Hoegner

**Eintritt 40 Pf.**  
reservierte Plätze 1 Mk. u. 2 Mk.  
Karten im Verkehrsbüro Barasch und an den sonstigen Verkaufsstellen

**Mitglieder, Rentner u. Erwerbslose gegen Auswahl 25 Pf.**  
Karten in der Volkswachbuchhandlung, Bücherei des Gewerkschaftshauses, Arbeiterbibliothek u. Organisationen

**Erwerbslosenkarten für 15 Pf.**  
nur bei den Organisationen

### Warum so bedoppelt?

Was ist eigentlich mit unseren Nazis los? Seit der Hittlergeist Papens umherstreicht, sieht man so viele nachdenkliche Gesichter auf den Straßen. Und der Halentreue werden auch immer weniger. Was ist eigentlich los mit den Leuten? Haben sie sich das Dritte Reich anders vorgestellt? Nun, das scheint nicht nur so. Und deshalb machen sie sämtlich einen so grübelnden Eindruck. Die Herren Nazi-Beamten haben längst ihre Hittlerhaken unter den Rockaufschlag gesteckt. Sie lesen in der Straßenbahn nicht mehr provozierend die „Schlesische Tageszeitung“, sie halten keine heiligen Reden mehr gegenüber den Fahrgästen, das Augenrollen haben sie sich abgewöhnt, sie machen sogar ab und zu den Versuch, einen Mitbürger wieder zu grüßen, von dem sie genau wissen, daß er nicht so dämlich ist wie sie; kurz, sie sind beinahe wieder auf dem Wege zur bürgerlichen Wohlstandigkeit.

Und die Sprungbretter haben sie alle wieder befestigt. Vorläufig wenigstens. Außerdem wippen diese Dinge so elastisch hin und her, man kann sich ganz nett sämtliche Knochen brechen, wenn man den Wuppdiß vom Magistratssekretärschemmel zum Oberbürgermeisterstuhl nicht genau berechnet. So ein hiesiger Schwung kann sogar vor der Tür landen. Das ist ja gar nicht auszudenken, also Hände weg!

Ja, sie sind tolle Kerle, unsere Nazi-Beamten, „revolutionäre“. So ein „hiesiger“ Rotverordnungs hat ihre ganze Begeisterung in Klumpen. Das will doch der Hittler garnicht. Amar widerpricht das dem Sinn der großen Reden des kleinen Meppisto Hochbels, der immer alle Rotverordnungen aufhebt, wird also Unsin. Aber haben die Nazis bisher überhaupt von etwas anderem als vom Unfin gelebt? Jeder redete gestern in Breslau. Ueber die Rotverordnung? Nein, daran wird er sich nicht erinnern lassen. Er hat für ein viel zugkräftigeres Thema Sorge getragen.

Vielleicht denken unsere Nazis auch darüber einmal nach. Und vor allem mögen sie, soweit ihr Verstand dazu ausreicht, die Folgen der Papen-Hittler-Rotverordnung überdenken. Dann werden sie ihre Halentreue immer mehr unter den Rockaufschlag verbergen, und keiner von ihnen wird es gewesen sein wollen, der dem großen Betrüger Hittler zu Einfluß verholfen hat. Gute Besserung!

### In die sozialistische Schülerschaft und deren Eltern

Donnerstag, 23. Juni, 17 Uhr, findet im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses eine Zusammenkunft der freizeitsozialistischen Schülerschaft statt.

### Morgen Bericht über die „Arbeit“-Erfolgsführung

Die Besprechung der Erfolgsführung der Oper „Machetis“ von Verdi im Stadt-Theater Breslau muß heute aus Raumgründen fortbleiben. Sie wird morgen erscheinen.

### Commercfest in der Blindenanstalt

Es sind immer Stunden der Freude, Stunden eines freien Aufatmens von Sorge und Last, wenn unsere Blinden, Groß und Klein, sich bei ihrem Sommerfest vergnügen und froh im großen Anfallsgarten tummeln.

Die Kapelle der Eisenbahner, die sich mit Freude für diesen Tag zur Verfügung stellt, konzertierte während der Nachmittagsstunden, aber abends zum Tanz, an dem sich auch die Blinden mit großer Freude beteiligten, spielte das eigene Anfallsgartenorchester, das von einem Blinden geleitet und nur von Blinden gebildet wird.

Vorzüglich waren auch die gesungenen Darbietungen des von einem ebenfalls Blinden Lehrer eingeübten Chores. Ganz wundervoll die Kinderchöre. Der Turnunterricht scheint in unserer Blindenanstalt besonders gepflegt zu werden, und das hat doch für den Blinden sehr viel zu bedeuten. Mitglieder des in der Anstalt bestehenden Turn- und Sportvereins führten einen fünf-kämpfigen Kampf auf, und, wie wir hören, wird der Verein demnächst eine mehrtägige Gebirgswanderung machen.

Für die Kleinen glück der Tag einem richtigen Kinderfest mit Karussell, Reiterparade, Sachspäßen und anderen Vergnügungen.

Es ist eine Freude, zu sehen, zu welcher Sicherheit und Gewandtheit unsere Blinden erzogen werden, und man hat, wenn man als aufmerksamer Beobachter durch ihre Reihen geht und ihre Gespräche hört, durchaus den Eindruck, daß bei allen Schwestern, was sie zu tragen haben, bei Mühe und Arbeit die Art ihrer Betätigung und Versorgung durch unsere Provinzial-Blindenanstalt doch so ist, daß sie im allgemeinen zufrieden sind. Vor allem deswegen, weil sie sich von allen verstanden fühlen. Wenn auch ein Festtag immer eine gewisse Schminke bildet, so kann man aber doch in unserer Provinzial-Blindenanstalt das zuverlässige Gefühl haben, daß dort ehrlich und von allen, die draußen und drinnen für die Blinden tätig sind, die Lehre vom reinen Menschsein in die Tat umgesetzt wird.

### „Braune Herings“

Herr Konrad Müller, Bräudamm 5, teilt uns zu obiger Actia, die am 15. d. Mts. in unserem Blatte erschien, mit, daß er weder Mitglied der NSDAP noch überhaupt irgend einer anderen Partei sei. Ihm isten Kunden jeder Art lieb, ganz gleich welcher Farbe sie angehören und er legt natürlich auch besonderen Wert auf sozialdemokratische Arbeit.

### Sozialdemokratische Partei

Politik-Veranstaltung  
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107-170  
Telefon Nummern 59060-59062  
Öffnen am Sonntag von 6-11 und 1-7 Uhr

**Achtung, Bezirksführer!**  
Die Parteifunktionäre müssen sofort im Parteibüro abgeholt werden. Ferner bitten wir, die nach anschließender Gewerkschaft der Wahltag, ganz gleich, ob leer oder mit Beiträgen versehen, abzuliefern.

**Achtung! Frauenleiterinnen und Referentinnen!**  
Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses sehr wichtige Sitzung.

Abteilung Ohlauer Tor (Distrikte 26, 27, 28, 29 und 43). Sonnabend, den 25. Juni, 20 Uhr, bei Götsch, Wälschstraße 13, sämtlicher Bezirksführer der Abteilung. Wichtige Besprechung.

Abteilung Wuppdiß (Distrikte 9, 41, 46, 47, 48, 49). Sonnabend, den 25. Juni, 19.30 Uhr, bei Rathmann, Klein-Gandau, wichtige Abteilungs-Funktionär-Versammlung (auch der Eisenen Front!).

Abteilungen Eisen und Strechener Tor (Distrikte 30, 31, 32, 35, 37, 40). Freitag, den 24. Juni, 18 Uhr, wichtige Funktionär-Versammlung Wuppdißstraße 6. Alles muß zur Stelle sein.

## Die Arbeiterportier-„Unglücks“fahrt vor dem Glaser Schöffengericht

Das erweiterte Schöffengericht Glaz verhandelte gestern gegen den Kraftwagenführer Fritz Viertel aus Breslau, durch dessen Fahrlässigkeit am 18. August vorigen Jahres das große Lastautounglück in Hochrolen bei Glaz verursacht worden sein soll.

Die Breslauer Freie Turner-Schaft hatte damals, wie erinnerlich, mit drei großen Lastwagen und Anhängern einen Ausflug nach der Heuschauer Veranstaltung. In den Hochrolen Bergen, die ihrer gefährlichen Kurven wegen in Autofahrerkreisen berüchtigt sind, geriet der vom Angeklagten gesteuerte Lastwagen plötzlich in schnelle Fahrt, so daß der mit Ausflüglern voll besetzte Anhänger umstürzte und die Personen hinausgeschleuderte. Ein Teil der herausgeschleuderten Arbeiterturner trug schwere Verletzungen davon und die Genossin Anna Hermann aus Breslau verstarb nach drei Tagen im Krankenhause.

Viertel weiß sich die Ursache des Unglücks selbst nicht so recht zu erklären; er vermutet ein Versagen der Kuppelung. Als er die Hochrolener Kurven hinabfuhr, habe er alle Bremsen angezogen, trotzdem habe sich die Geschwindigkeit ständig vergrößert. Die Anklage macht Viertel allerdings zum Bormwurf, er sei nicht richtig ausgeschlafen gewesen. Er hatte nach seinen eigenen Angaben bis 22 Uhr in der Nacht vor der Fahrt Karten gezeichnet und dann nur zwei Stunden geschlafen. Einige Zeugen, die an der Unglücksfahrt teilgenommen hatten, schilderten ihre Wahrnehmungen während des Unglücks; schon in den ersten Kurven habe der Anhänger infolge der nicht unbeträchtlichen Geschwindigkeit angefangen zu kippen.

Ueber die Ursache des Unglücks und die Schuldfrage wurden drei Sachverständige gehört. Mechaniker Besuch-Glaz hat das Fahrzeug und den Anhänger sofort nach dem Unglück untersucht, nach seiner Feststellung haben die Bremsen des Anhängers versagt. Daraus sei seines Erachtens das Unglück verursacht worden. Autohelfermeister Junggebauer traf die gleichen Feststellungen, meinte aber, es wäre des Angeklagten Pflicht gewesen, sich vor und während der Fahrt genügend zu überzeugen, ob die Bremsen funktionierten. Born im Krankenhaus seien außer dem Angeklagten auch drei Personen, darunter auch eine Braut, verletzt worden. Die Bremsen funktionierten haben würden, hätte sie der Angeklagte infolge des Schlags in dem Führerhaus nicht richtig handhaben können. Dieser Punkt ist es auch der dritte Sachverständige, Diplomingenieur Schulze-Breslau an. Die Verantwortlichkeit des Wagens sei stark beeinträchtigt worden. Wie aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme hervorgeht, sei der Angeklagte auch mit einer zu hohen Geschwindigkeit gefahren. Der Staatsanwalt machte sich die beiden letzten Sachverständigen, die die Schuldfrage des Angeklagten ganz einseitig bejahen, zu eigen und beantragte vier Monate Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung. Das Gericht erkannte dementsprechend. Viertel habe nicht die nötige Vorsicht geübt. Er sei durch die Ueberlastung des Führerhauses in seiner Bewegungsfreiheit stark behindert gewesen und dürfte nicht mehr Personen ins Führerhaus nehmen, als normalerweise Platz hätten. Ferner sei er verpflichtet gewesen, sich zu überzeugen, ob die Bremsen in Ordnung waren. Darüber hinaus sei er mit einer zu großen Geschwindigkeit gefahren. Nach den üblichen Feststellungen soll B. jedoch Bewährungsstrafe gewählt werden.

### Stromer in Schlesien

In allen Teilen Schlesiens haben die starken, teilweise mit heftigen Stürmen und Hagelbölen verbundenen Regengüsse zu einem Ansteigen des Wasserstandes, insbesondere im Gebirge geführt. So wird aus der Schlesischer Gebirgs- und dem Krusche-Krusche erheblicher Hochwasser, aus dem Rieser- und Berggasse hiesiger Hochwasser des Ober- und des Jades gemeldet. Die Gebirgsflüsse werden aber im wesentlichen

Abteilung Zimpel-Wuppdißstraße (Distrikte 42, 44, 50, 54). Donnerstag, den 23. Juni, 20 Uhr, bei Witte, Zimpeler Straße, Mitgliederversammlung der männlichen Parteimitglieder. Im Falle dienstlicher Verhinderung ist sofortige Mitteilung an den Vorsitzenden zu machen.

Abteilung 4. Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, außerordentliche Parteimitglieder-Versammlung bei Zimpel-Wuppdißstraße 41. Jeder Genosse hat bestimmt zu erscheinen.

Abteilung 7. Montag, den 27. Juni, 20 Uhr, bei Supp, Mariannenhof, außerordentliche Parteimitglieder-Versammlung.

Abteilung 22. Montag, den 27. Juni, 20 Uhr, bei Zuse, Dfener Straße, gemittelter Parteimitglieder.

Abteilung 30. Der Parteitag findet Donnerstag, den 23. Juni, bei Zuse, Subenstraße 48, statt.

Abteilung 34. Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, findet bei Heiber, Wuppdißstraße 14, außerordentliche Parteimitglieder-Versammlung statt. Bei Verhinderung ist dem Vorsitzenden Mitteilung zu machen.

Abteilung 40. Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, treffen sich alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren im Heim Wuppdißstraße 41, bei Zuse, Dfener Straße 1, Bildungabend. Redn.: Genossin Lotte Bernhardt.

### Sozialistische Arbeiterjugend

Heute 20 Uhr Mitgliederversammlung der „Jungen Front“ im Gewerkschaftshaus, Kleiner G. Wuppdißstraße 41. Ausweis mitbringen. Gäste sind willkommen.

Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, finden in nachfolgenden Mannern folgende Veranstaltungen statt:

Heim 1: Gewerkschaftshaus-Jugendheim (Abteilung Innere Stadt): 20 Uhr. Nähere Mitteilungen in der morgigen Zeitung.

Heim 2: Barade Wuppdißstraße (Abteilung Ohlauer Tor): Wir treffen zum ersten Gruppenabend am Freitag in der Barade der Kinderfreunde Wuppdißstraße 41. Treffpunkt 20 Uhr Linie 5 (Endstation).

Heim 4: Jägerhof, Gräbischer Straße (Abteilung Gräbischer): „Jugend-Verbreitung und Gesellschaft“. Referent ist anwesend.

Heim 5: Friedrich-Wilhelm-Straße 45 (Abteilung Nikolaitor): Lieberabends-Konkurrenz und Lieberabends-Konkurrenz.

Heim 6: Rodnischstraße (Abteilung Wuppdiß): Tagespolitische Kundgebung mit Gesang.

Heim 7: Wuppdißstraße (Abteilung Zimpel-Wuppdißstraße): 20 Uhr. Nähere Mitteilungen in der morgigen Zeitung.

Heim 8: Wuppdißstraße (Abteilung Zimpel-Wuppdißstraße): 20 Uhr. Nähere Mitteilungen in der morgigen Zeitung.

Die Termine bringen die endgültigen Meldungen zum Wuppdißstraße Breslau und Schmeiberg bis Sonnabend ins Büro. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

### Monatliche Jugend

Heim 1 (Grünstraße 14/16). Heute 19.30 Uhr ist alles im Heim. Haben einen Frageabend unter Leitung von Genossen Käthe. Alle werden beantwortet. Gäste willkommen.

Heim 2 (Friedrich-Wilhelm-Straße). Heute referiert Genosse Breuk. 19.30 Uhr im Heim. Ihr hört „Die Regierung“ von B. Traub. Gäste willkommen.

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Jugend und Ortsgruppe: Heute 19 Uhr im kleinen G. Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung der „Jungen Front“, an der Kameraden der Jungbanner und Ortsgruppe teilzunehmen haben. Mitgliedsausweis mitbringen.

Die Reden und Wuppdiß sind 19.30 Uhr im Vorraum zum kleinen G. Wuppdißstraße (Schule): Heute 20 Uhr unter Leitung der Turnhalle.

Banner 6 (Rathenau): Morgen 20 Uhr bei Hofste, Kronprinzengasse, Jung- und Gruppenführer-Sitzung.

Jungbanner 04 (Domplatz): Morgen 19.30 Uhr bei Zuse, Dfener Straße, Jung- und Gruppenführer-Sitzung mit Abschluß.

Ortsgruppe 04: Die bestellten Kameraden sind heute 18 Uhr punkt im Büro.

Kameraden „Eiserne Front“: Morgen 20 Uhr bei Zuse, Kleiner, außerordentliche Parteimitglieder-Versammlung der Eiserne Front.

### Wasserstand

	23.6.	22.6.	23.6.	22.6.
Kathar.	1.50	1.10	Kamern (Unter-Wege)	2.94
Reife (Stadt)	+0.28	+0.18	Obernähr	2.12
Reife (Unt.-Wege)	2.34	1.72	Abflusmenge (schonlich)	136
Reife (Wasserkanal)	2.90	2.29	Fürstenberg vom 21.6.	0.76
Treffden	1.28	0.90	Wassermenge + 17.8	

### Göttliche Weltordnung

#### 9 Millionen Kubikmeter Kohle sollen erkaufen?

Auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums hat bekanntlich Generaldirektor von der Porten ein letztes Schreiben über die Möglichkeit der Weiterführung der Wenzel-Lausitzer in Hausdorf bei Neurode zu erhalten.

Das Gutachten liegt jetzt vor und kommt zu dem Ergebnis, daß prinzipiell ein Fortbetrieb der Grube nicht empfohlen werden könne, da Verzinsung und Amortisation der vorhandenen Kapitalien nicht zu erwarten sei. Zur Erhaltung der Grube und zur Wiederaufnahme des Betriebes wäre ein Kapital von rund 3 Millionen Mark erforderlich; ferner müßten in den nächsten Jahren weitere 2,5 Millionen Mark investiert werden. Volkswirtschaftlich sei allerdings zu berücksichtigen, daß 9 Millionen Kubikmeter Kohle einschließlich der neu aufzukundenden vierten Sohle als vorhanden erachtet werden können, die einem Erlaß der Grube verloren sind.

Die Notstandsarbeiten auf Kosten des Reichs sind am 31. eingestellt worden; sie werden derzeit von der arbeitslosen ehemaligen Belegschaft ohne Entgelt weitergeführt.

### Nazi-Türk

#### kommt vor's Breslauer Gericht

Der bekannte Wanderbörge der NSDAP Türk war in einiger Zeit von der Liegnitzer Großen Strafkammer wegen Verleumdung des ehemaligen preussischen Innenministers Erzberger in zwei Fällen zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden, gegen die Revision beim Reichsgericht einlegte.

Da bei der Abweisung eines Ablehnungsantrages der Reichsgerichtliche Fehler vorlagen, hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Neuverhandlung des Falles an das Breslauer Landgericht.

### Durch Dofee zum Sieg!

Den Ortsgruppenvorsitzenden gehen ab heute die Freiheitsopfer-Marken zu. Im Zirkular für die Ortsvereine sind genaue Anweisungen für den Verkauf gegeben. Beginnt sofort mit dem Verkauf und reißt schnellstens mit dem Bezirk ab.

Geld, Geld und nochmals Geld brauchen wir. Wir werden nicht vom Rüstungskapital gehalten. Wir kämpfen aus eigener Kraft. Und der armste Sohn wird der treueste sein. Seht die Freiheitsmarken um, damit wir in diesem Wahlkampf gegen die Hittlerer liegen!

Es lebe der Sozialismus!

Freiheit!

Der Sozialdemokrat



## Die Arbeitslosigkeit steigt!

### Hitlers neuester Erfolg — Ein Nazi-Arbeitsdienstkommissar?

Auf dem Arbeitsmarkt herrscht völlige Stagnation. Der neue Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage für die Zeit vom 1.—15. Juni zeigt, daß es schon wieder bergab geht. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. Juni rund 5.569.000 und lag somit nur um rund 14.000 unter dem Stand vom 31. Mai. Der Rückgang wäre stärker, wenn nicht der saisonmäßigen Entlastung eine Verschlechterung in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen entgegengewirkt hätte.

Seit dem Höchststand des Winters ist eine Abnahme um rund 560.000 Arbeitslose zu verzeichnen, während im Vorjahr die Frühjahrsentlastung, die allerdings schon um einen Monat früher einsetzte, bis Mitte Juni sich auf rund 990.000 belaufen hatte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat wieder etwas stärker und zwar um rund 71.000 abgenommen und betrug am 15. Juni rund 1.003.000. In der Krisenfürsorge wurden die durch Aussteuerung oder durch Arbeitsaufnahme entstehenden Abgänge nahezu aufgewogen durch die Zugänge aus der Versicherung, so daß nach einem Rückgang um rund 6000 Mitte des Monats rund 1.573.000 Krisenunterstützte gezählt wurden. Die gekennzeichnete Entwicklung läßt vermuten, daß die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen, die Ende Mai rund 2.086.000 betragen hatte, inzwischen weiter gestiegen ist.

**Wir sind also bei insgesamt 5 1/2 Millionen Arbeitslosen stehen geblieben, und schon meldet sich eine neue Zunahme der Konjunktur-arbeitslosigkeit. Anders lassen sich die vorliegenden Zahlen nicht erklären; denn wir haben zurzeit noch einen verhältnismäßig starken Überschuß in der Landwirtschaft, weil die Heuernte im Gange ist. Wir befinden uns wieder in einer neuen Zunahme der Arbeitslosigkeit.**

Und der Grund dafür? Er liegt nicht in rein wirtschaftlichen Vorgängen, sondern in erster Linie in der politischen Benützung. Der Sturz des Kabinetts Brüning und das Bündnis der Nationalsozialisten mit der Regierung Scheide-ropfen hat dem Arbeitsmarkt einen neuen Stoß versetzt. Die Geschäftswelt ist pessimistisch gestimmt. Der Bürgerkrieg härdet bereits in verschiedenen Städten Deutschlands. Kein Wunder, wenn Handel und Wandel allzu ins Stocken geraten.

In dieser Situation weiß die Regierung der Hitlerbarone nichts Besseres, als nun auch den wähehaft blödsinnigen arbeitsmarktpolitischen Forderungen der Nazis nachzugeben.

So meldet die Rechtspreffe, daß der Sachbearbeiter für Arbeitsdienstpflicht in der Reichsleitung des RSDAP, Oberst a. D. Hietl von der Reichsregierung als Arbeitsdienstkommissar in Aussicht genommen sei. Eine Regierung, die bis zur Stunde durch ihre Notverordnung und durch die Aufhebung des SA-Verbotes nur Unheil über Deutschland gebracht hat, will nun auch den Arbeitsmarkt den Experimenten

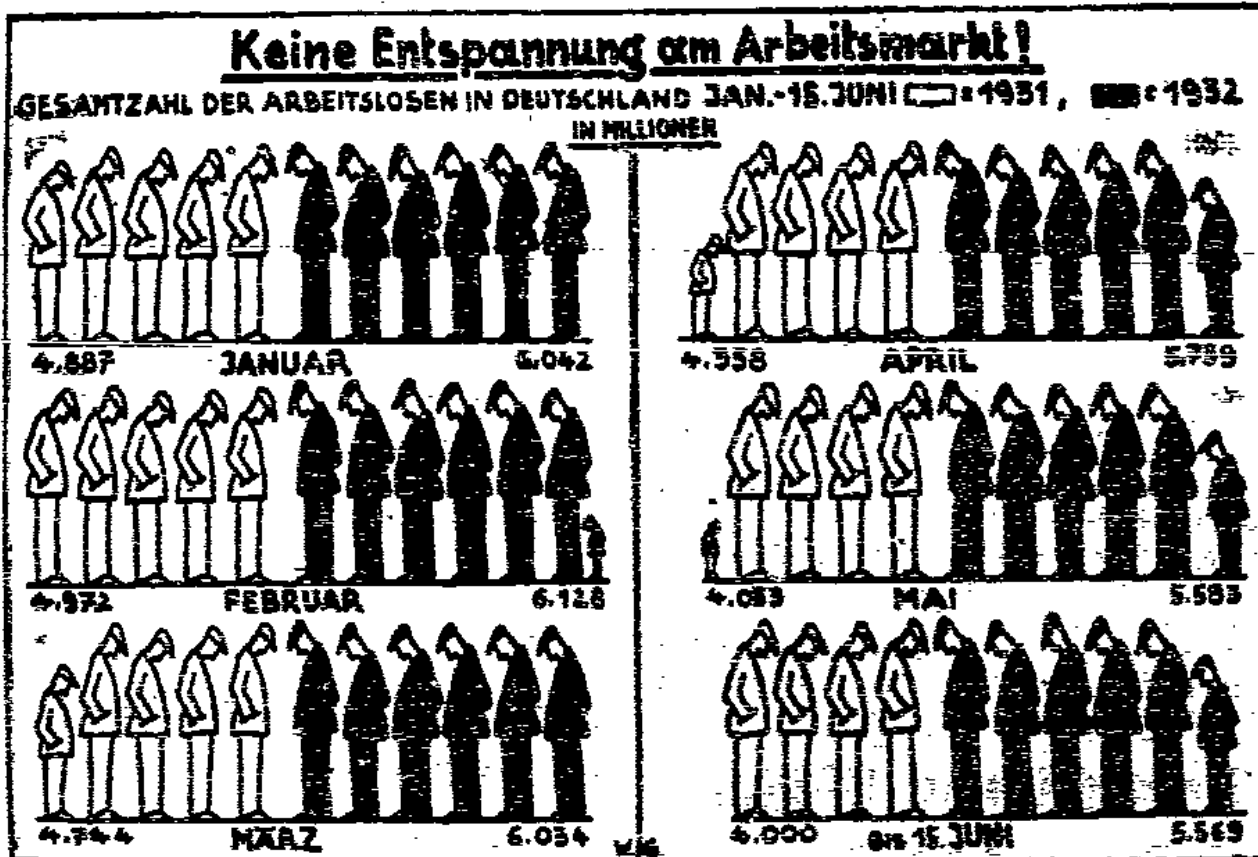
blutiger Dilettanten ausliefern. Unter der Regierung Brüning war dank der Initiative der Gewerkschaften nach langen Verhandlungen wenigstens endlich ein größerer Arbeitsbeschaffungsplan fertiggestellt worden. Dieser Plan ist, soweit man sieht, nunmehr zum alten Eisen geworfen. So hat man allem Anschein nach auch auf die Prämienanleihe zum Zweck der Arbeitsbeschaffung verzichtet. Auf weisem anderem Weg das Geld für Arbeitsbeschaffung aufgetrieben werden soll, ist noch ganz das Geheimnis der Papenregierung. Nur eins steht fest: die Zeit für die Arbeitsbeschaffung ist auch in diesem Jahr wieder einmal verpaßt! Aber die Uniformierung der SA-Leute ist ja wichtiger als die Beschaffung von Arbeit.

Deutschland ist wirklich ein Tollhaus. Soeben erst hat der Präsident der Reichsanstalt Dr. Spruy in der Zeitschrift der Deutschen Arbeitgeberverbände, „Der Arbeitgeber“, nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das Kernproblem des Arbeitsdienstes in der Aufbringung der Kosten für die notwendigen Materialien liegt. Spruy sagt, man müsse darüber im Klaren sein, daß die Materialkosten beim Bau von Straßen, Kanälen, Talsperren usw. doch ein Vielfaches betragen gegenüber den persönlichen Kosten. Eine Kapitalentziehung für die Industrie und eine Verengung des Kapitalmarktes sei bei einer Uebersteigerung des Arbeitsdienstes zu befürchten. Wenn man aber in den freiwilligen Arbeitsdienst die Material- und Rohstoffherstellung einbeziehen wolle, wenn man ihn also in Steinbrüchen, Ziegeleien, Zementfabriken, Sägewerken, Eisenkonstruktionswerkstätten und dergleichen einführe, so würde dieser Eingriff des Arbeitsdienstes in die privatwirtschaftlichen Verhältnisse große grundsätzliche Bedeutung und sehr ernste Folgen für die Privatwirtschaft haben, und daran andere auch nichts der immer wieder erfolgende Hinweis auf die in Bulgarien durchgeführte Arbeitsdienstpflicht; denn die Voraussetzungen seien dort ganz andere und liegen sich auf deutsche Verhältnisse nicht übertragen, wie dies nur zu leicht in Urkenntnis der Sachlage getan werde.

So spricht ein Mann, der von den Dingen etwas versteht. Die Nazis aber haben es ja nicht nötig, ein Problem ernsthaft durchzudenken. Sie brauchen nicht einmal das Einmaleins zu beherrschen, wenn sie über ernsthafte Fragen sprechen. Fortgesetzt fasseln sie in der Erörterung der Finanzierung des Arbeitsdienstes von Ersparnissen auf der Seite der Arbeitslosenunterstützung. Auch Herr Hietl verspricht sich davon Wunderdinge. In Wirklichkeit kann gerade in diesem Punkte kaum etwas Nennenswertes gepart werden; denn gerade die jugendlichen Arbeitslosen befinden sich nur zu einem Bruchteil in der Arbeitslosenunterstützung. Auch kommen bei den Jugendlichen ja nur geringe Verdienste in Frage und infolgedessen auch nur ganz geringe Unterstüzungssätze. Nach unserem Dafürhalten kann man mit den Ersparnissen an Arbeitslosenunterstützung für die Jugendlichen nicht einmal 2 Prozent der Kosten der Beschäftigung der Jugendlichen in der Arbeitsdienstpflicht bestreiten. Aber der Herr Oberst a. D. Hietl, der, wie aus seinem Arbeitsdienstpflichtprogramm hervorgeht, über die wirklichen Probleme leicht hinweghüpft, soll Arbeitsdienstpflichtkommissar werden! Armes Deutschland!

Man muß sich wirklich über die Geduld des deutschen Volkes wundern.

## Ein Bild der Katastrophe



Unser Schaubild zeigt die erschütternde Lage der deutschen Wirtschaft. Während noch im Frühjahr und im Sommer letzten Jahres eine fühlbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt ein-

getreten ist, blieb dieses Jahr die erhoffte Entlastung aus. Die Wirtschaft ist auf einem Tiefstand angekommen, in dem sie nicht mehr in der Lage ist, nicht einmal mehr Saisonarbeitskräfte aufzunehmen.

## Die erwerbslosen Maler protestieren gegen die Papen-Notverordnung

In einer vom Verband der Breslauer Maler am gestrigen Tage einberufenen Erwerbslosenversammlung referierte der Kandidat der Freien Gewerkschaften zum Reichstag, Gen. Nuffner. In seinem Referat beleuchtete er die Ursachen der Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Zeitercheinungen. Der Regierung Papen sei als Verbündete der Nationalsozialisten vorzuziehen, die Not und das Elend der Tausenden der Armen unermesslich zu steigern. Die arbeitende Klasse müsse sich bis zum 31. Juli unter den Banner der „Ehernen Front“ sammeln und den vom Kapital gespeisten Klaffengegner Hitler und seine tolerierte Regierung der Barone schlagen.

Nach einer kurzen Diskussion wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Regierung des Herrn von Papen, bestehend aus Vertretern einer überlebten Adelsgelehrtheit, besteht nicht auf Vertrauen der heute Versammelten.

Ihre Taten stehen im ärgsten Widerspruch zu dem in ihrer Regierungserklärung ausgesprochenen Satz: „Sie (die Regierung) wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der wertvollen Bevölkerung in Stadt und Land unverzüglich aufzunehmen.“

Sie hat nicht gezögert, gerade das Gegenteil dessen zu tun, was sie versprochen.

Ihre brutale, einseitig treffende Notverordnung widerspricht der Versicherung, die aufbauenden Kräfte zu sammeln, mit der Notverordnung hat sie wie keine andere Regierung es vorher getan hat, den Gegensatz zwischen der beschwerdeten Klasse und dem deutschen Proletariat noch erheblich verschärft.

1 1/2 Milliarden Belastung des arbeitenden Volkes durch brutale Unterstüzungseraub, Renten Kürzung, Salz- und andere ungerechte Steuern, aber keine Arbeitsbeschaffung, dafür 50 Millionen Steuererleichterungen für den Interessentenhaufen der deutschen Industrie.

Somit will man weitere 100 Millionen in den Taschen der Schwerindustrie werfen.

Durch die Aufhebung des Verbotes der nationalsozialistischen Milizkriegsarmee hat die Regierung von Papen Deutschland an den Rand des Bürgerkrieges gebracht.

Durch die völlig grundlose Auflösung des Reichstages hat sie das deutsche Wirtschaftsleben in einen Zustand noch größerer Unruhe gebracht. Wenn die Arbeitslosigkeit, die Not, das Elend weiter steigt, ist es die Schuld der regierenden Herren und Barone.

Die Versammelten, getragen von dem festen Willen alle Kräfte einzusetzen für die Erhaltung des demokratischen Volkstaates mit seinem sozialen Inhalt, für den Aufbau des deutschen Wirtschaftslebens unter Heranziehung auch der besagten Klassen, warnen die Reichsregierung vor dem beschrittenen Wege des Klassenkampfes „von oben“.

Die Arbeiterklasse Deutschlands ist nicht mehr gewillt, sich von einer kleinen Oligarchie beherrschen zu lassen.

Wir legen das Geschicks ab, alle Kraft, die ganze Person, einzusetzen in dem Kampfe zur Erhaltung unserer wirtschaftlichen und politischen Lebensberechtigung. Freiheit!

## Krankentassen als Finanzämter

Die Regierung Papen hat schnell ihren wahren Charakter enthüllt. Die schon längere Zeit angekündigte neue Notverordnung hat das Licht der Welt erblickt. Sie bringt auch die geplante Beschäftigungssteuer. Diese neue Steuer hat zwar in der Verordnung einen anderen Namen erhalten und firmiert jetzt unter der Bezeichnung „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“. Wir haben unsern grundsätzlichen Standpunkt und unsere grundsätzliche Meinung zu dieser neuen Belastung der Arbeitnehmerklasse bereits genügend zum Ausdruck gebracht, so daß hierauf nicht mehr eingegangen zu werden braucht. Mit der Einführung dieser neuen Steuer ist jedoch auch eine anderweitige Neuerung gekommen, von der man bislang nur andeutungsweise gehört hat. Der Einzug der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe ist den Krankentassen übertragen worden. Die Krankentassen haben dadurch Funktionen als Steuerinnehmers erhalten. Mit dieser Neuerung können wir uns auf keinen Fall einverstanden erklären. Den Kassen ist hiermit eine Arbeit aufgebürdet worden, die mit den Aufgaben der Krankenkassen auch nicht das geringste zu tun hat. Es fällt heute den Krankentassen schon schwer, ihre eigenen Beiträge hereinzubekommen. Diese neue Belastung wird dazu führen, daß die Kassen noch mehr wie bisher einen Kampf um den Beitragseingang führen müssen. Die Arbeitslosenhilfe soll als Zuschlag zu den Krankentassenbeiträgen und mit ihnen erhoben werden. Die Bestimmungen, die für die Einhebung um der Krankentassenbeiträge gelten, finden sinngemäß Anwendung auch auf die neuen Abgaben. Es muß erstens einmal festgelegt werden, daß die Krankentassen vielfach ohne gewaltige Vorkarbeiten gar nicht in der Lage sind, die Abgaben einzuziehen. Singu kommt noch, daß die vermehrte Arbeit mit dem verringerten Personalbestand gar nicht zu bewältigen ist. Es hat fast den Anschein, als ob die Einziehung der neuen Abgaben mit einer ganz bestimmten Absicht den Krankentassen übertragen worden ist. Arbeitgeber und auch Versicherte werden annehmen, daß die erhöhten Beiträge, die die Kassen nun in Rechnung stellen müssen, den Kassen zufließen. Dadurch wird die Unbeliebtheit, die heute dank der großzügigen Hege weite Bevölkerungsteile gegen die Krankentassen haben, noch weiter gestärkt werden. Die den Krankentassen übertragene neue Aufgabe wird also nicht nur neue und dabei unantastbare Arbeit bringen; sie wird auch dafür sorgen, daß weite indifferente Bevölkerungsteile mit noch mehr Lärm und Geschrei über die Krankentassen mit ihrer „Bongewirtschaft“ herziehen. Sollte dies vielleicht Absicht der neuen Regierungserrichtung sein? Man kann dies fast annehmen.

Für die Arbeiter in den Kölner Brotfabriken wurde ein Schiedspruch gefällt, der eine Senkung des Eklohnens von 51 auf 49,50 Mark und einen Abbau der Ferien um rund 20 Prozent vorsieht. Nach einjähriger Beschäftigung sollen 3 Tage, nach dreijähriger 6 Tage und nach fünfjähriger Beschäftigung 10 Tage Urlaub gewährt werden.

In der Brauerer-Industrie von Rheinland-Westfalen wurde durch Vereinbarung mit den Unternehmern der Rahmen- und Lohnvertrag bis 31. August unverändert verlängert.

Der Warenhaus-Konzern Leonhard Tisch für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 8 Prozent verteilte, während im Vorjahr 6 Prozent ausgeteilt wurden.

Die Niederlande, die in ihrer Generalversammlung die Verabschiedung ihres Kapitals von 64,5 auf 42,8 Millionen Mark genehmigt hat, teilt mit, daß die Eisenerzeugung im ersten Halbjahr 1932 um rund 25 Prozent unter dem Stand von 1929 lag. Die Hüttenindustrie hat sich das Unternehmen ferngehalten, weil die Zahlungsfristen von über 20 Monaten ein zu großes finanzielles Risiko bergen. Auch im laufenden Jahr sei bei der Hüttenindustrie mit einem größeren Verlust zu rechnen.

## Hoch die Solidarität!

Französische Gewerkschafts spende für die Kinder deutscher Erwerbsloser

Paris, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Schatzmeister des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) hat dem Vorsitzenden des RSDAP, Leipzig, die Summe von 150.000 Francs (25.000 RM.) mit einem Begleichenschein überhandt, in dem mitgeteilt wird, daß diese Summe an die Kinder arbeitsloser Eltern in Deutschland verteilt werden soll. Die Mittel rühren von einer in Gewerkschaftskreisen veranstalteten Sammlung für notleidende Kinder her. Um die internationale Solidarität der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen, habe der Vorstand der CGT der Vermittlungskommission vorgeschlagen, von dem Gesamterlös der Sammlung 150.000 Francs für die Kinder arbeitsloser Eltern in Deutschland und 50.000 Francs für hierortsige Kinder zu verwenden. Schließlich wird in dem Brief die Bitte

ausgesprochen, daß die Summe nach Möglichkeit an Kinder anderer Städte als Berlin, Hamburg, Leipzig und Nürnberg verteilt wird, da 300 Kinder aus diesen Orten im vorigen Jahre einen Monat lang Gäste der CGT auf der Insel Oléron waren.

## Niederländische Gewerkschaften fordern 40-Stunden-Woche

Amsterdam, 21. Juni. (Eigener Funkenbericht.)

Auf dem niederländischen Gewerkschaftskongress, der gegenwärtig in Haag tagt, forderte der Vorsitzende des Niederländischen Gewerkschaftsbundes Kuyper energisch eine Besserstellung der Arbeiter, deren Lage durch die Verschärfung der Krise ernsthaft bedroht werde. Eine solche Milderung des Drucks, der auf dem Arbeitsmarkt lastet, sei nur möglich durch Einführung der 40-Stunden-Woche. Sie sei im Hinblick auf die mehr als 300.000 Arbeitslosen nicht länger mehr zu umgehen.

## Wohlfühlende für unsere Zeitung!



## Mutter Landois

Monseigneur Landois war außer sich. Er führte den Abbe durch das Haus und zeigte hinaus. „Sehen Sie, das muß man sich gefallen lassen!“

Auf dem Hofe des Herrn Pierre Landois standen zwei ungeheure starke Lastwagen. Sie trugen zusammen ein Geschütz von solchen Ausmaßen, wie Herr Landois es sich bisher hätte vorstellen können.

„Mon Dieu, mon Dieu!“ murmelte der Abbe und sah sich um, ob nicht Deutsche in der Nähe wären. „Unsere armen Soldaten!“

Eine Weile betrachteten die Männer schweigend das furchtbare Ungetüm. Dann traten sie in die blühendere Küche der Madame Landois. Madame schenkte Tee in die Schalen. Während Monsieur Pierre den Tee übernahm, hob der Abbe genießerisch die Schale. Nach dem Schluck schob er den Kopf nach Pierre hin und um St. Quentin stehen viertausend Geschütze.“

Pierre fuhr zusammen und sah den Abbe ungläubig an. „Sie wissen das?“

Der Geistliche lächelte nur. „Die Deutschen haben Grokes davon.“

Dann sprang er plötzlich auf. Ein fanatisches Feuer brannte in seinen Augen. „Mon Dieu! Sie werden sehen, Herr Landois, wie das Letzte sein. In sechs Monaten sind die Deutschen aus!“

Pierre Landois warf einen schnellen Blick in die Küche. Er war seine Gewohnheit, seitdem er mehr Deutsch als Französisch hörte. Auf dem Hofe wurde es laut. Die Artilleristen klebten Buschwerk herbei, um das Geschützrohr gegen Fliegerabwehren.

Als der Abbe ging, sagte er noch zu Pierre Landois: „Steht Ihr Sohn, der Emile, bei der Infanterie in Nordindien?“

Pierre nickte. „Sein Regiment liegt drüben vor St. Quentin.“

Pierre hatte beide Hände in die Taschen geschoben. Sie schienen sich zu kauen. So trat er auf den Hof hinaus. Das Geschützrohr mußte er sehen. Es war länger als sein Haus. Da mußte er den Anblick doch nicht mehr ertragen. Er verfluchte die „Gazette“ zu Tode. Aber es wurde nichts damit. Später sagte zu Madame Landois: „Weißt du, das Ding da... mit ihm, das wäre ich verzeihen, der es nicht.“

„Setz dich, Pierre!“ flüsterte Madame.

Am 21. März traten die Deutschen zum großen Vormarsch an. Die Erde bebte vom Kanonendonner, und die Straßen waren voll von Kolonnen und Fußvolk. Immer mehr Deutsche zogen vorwärts. Nach zwei Tagen wurde das Rollen schwächer; es verlor sich in der Ferne.

In Bernot meldete sich der Frühling wie immer. Ein neues Grün und Blüten leuchtete aus dem Gebüsch.

Madame Landois war unruhig. Von dem Regiment ihres Sohnes waren Gefangene durch das Städtchen gekommen. Einzelne in Trupps bestanden sie noch immer die Landstraße. Mehr als einmal war sie schon auf die Straße hinausgetreten, um nachzusehen zu hören. Vielleicht... dachte Mutter Landois. Dabei schlug ihr das Herz bis in die Kehle.

Aber ihre Wege waren vergebens.

Vater Landois war nicht aus der Tür getreten seit drei Tagen. Vom Fenster aus hatte er den Gefangenen nahegeleihen. Er wußte, daß die Deutschen über den Croissant-Kanal bis nach dem englischen Hauptquartier, vorgerückt waren. Jamer mußte er an die Worte des Abbe denken. „Sechs Monate noch“, hatte der gesagt. Und nun dies. Sehr finster blickte Herr Landois.

In der Abenddämmerung, des dritten Tages trat plötzlich ein schmerzwundeter deutscher Unteroffizier in sein Haus: „Monseigneur Pierre Landois?“ fragte er.

„Oui, Monsieur!“ Vater Landois trat zurück, als flüchte er, und mehr zu hören. Madame stand wie angewachsen mitten in der Küche. Die Hand fuhr nach dem Herzen. Da drehte sich der Deutsche nach der Tür. „Se, Kamerad!“ rief er, „komm rein!“

Vor Madame Landois stand Emile, jung und braun und unermüdet. Es war, als hätte der kleine Raum, als hätte das ganze Haus einen Herzschlag, der nun aussetzte. Still war es. Die nestelnden Hände der Mutter Landois ruhten an dem Sohne auf und ab. Madame konnte kaum glauben, daß ihr Sohn vor ihr stand. Der Deutsche sah nach dem Napoleonsbildnis an der Wand. Unwirklich wie ein halbvergessener Traum war in diesem Augenblicke der Krieg.

Als Mutter und Sohn sich in stürmischer Umarmung auflösten, trat Pierre Landois ans Fenster. Er sah hinaus, obgleich es schon fast dunkel war. Emile umarmte ihn von hinten. Der Alte wehrte ab und stand wie vormem. Beklemmendes Schweigen trat ein. Während Mutter Landois noch ganz im Schreck gebannt war, tauchten die Soldaten einen Blick.

Da rief Madame den Alten vom Fenster fort. „Du — Emile — dein Sohn!“

Er sah verzweifelt seinen Sohn von unten bis oben an, liebte den Blick wie von ungefähr über das Napoleonsbild gleiten und trat wieder ans Fenster. „Gefangen, gefangen!“ knurrte er.

Mutter Landois verstand das nicht. Doch die Soldaten schickten nun. Und als die Frau das Lächeln sah, sagte sie zu Pierre: „Aber das ist doch gut!“

„Eine Schande ist es!“ schrie der Alte. Damit nahm er den Hut und ging fort. Die Soldaten lachten aus vollem Halse. Mutter Landois aber starrte auf, was ihre Küche herzugeben vermochte. Beim knisternden Kaminfeuer saßen sie noch lange und warteten nichts von der Zeit. Dann bereitete Madame in Emiles Kammer zwei Lager, eins für Emile, eins für den Deutschen. Als die Soldaten schliefen, zündete sie zwei Kerzen an, stellte sie zu beiden Seiten des Kreuztisches und ließ den roten Kranz durch die Finger gleiten. Dreieinhalb Jahre lang war ihr Herz nicht zur Ruhe gekommen. Nun hatte es nicht nur Ruhe; nun war es froh, daß sie nicht wußte, was sie vor Glück denken und tun sollte.

Monseigneur Pierre Landois schlief in dieser Nacht bei Nachbarn. Früh hantierte Mutter Landois in der Küche herum. Zwei Kaffee lagen bereit; eins für Emile, eins für den Deutschen. Auf dem Tische dampfte der Kaffee.

Als die Soldaten fort waren, kam Monseigneur Pierre Landois zurück. Er schalt nicht mit Madame, aber er sprach auch sonst nichts.

## Trinkerfürsorge

Die bekannte Duplizität der Ereignisse führt an gleichem Tage zwei Fälle in unsere Sprechstunde, die beide das gleiche Schicksal und das gleiche Wunschbild vortragen: Zwei Frauen klagen, deren Männer Trinker sind, mit all den üblichen sozialen Begleiterscheinungen, die durch Trunksucht hervorgerufen zu werden pflegen. Beide Frauen fordern Entmündigung ihrer Männer. Sie tragen ihr Leid vor, und menschlichen Mitleidens kann sich der nur zu berechtigten Forderung auf Entmündigung nicht verweigern.

Aber so einfach ist der Gang der Dinge leider nicht. Wohl enthält das BGB in § 6, Ziffer 3, die Worte: „Wer infolge von Trunksucht seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag, ist für sich oder seine Familie der Gefahr des Ruins ausgesetzt, wenn die Sicherheit anderer gefährdet.“ Aus dieser Formulierung spricht eine gewisse Vororgansität, drohende Gefährdung des Familienbestandes zu verhindern, einem Verfall vorzubeugen. Es weicht an sich ist gut gemeint. Es drängen sich jedoch bei der Handhabung des Entmündigungsverfahrens eine Reihe Einzelfragen auf, die von den zur Entscheidung berufenen Richtern

## Aufklärung in der Eheberatung

Die Frage der sexuellen Aufklärung, der Aufklärung über Fragen des Geschlechtslebens, umfaßt ein viel weiteres Feld, als man im allgemeinen anzunehmen geneigt ist. Die einfachste Form ist ja die, bei der es sich darum handelt, Kinder, die in das Reifealter eintraten, in der Zeit der beginnenden Pubertät, aufzuklären über ihre eigenen körperlichen Erscheinungen und deren Zusammenhänge. Mütter haben uns in unserer Eheberatungsstelle darüber um Rat gefragt und wir haben diese Frage in besonderen Mütterabenden besprochen. Nach unserer Auffassung ist die Mutter die rechte Stelle, ihre Kinder bekanntzumachen mit den natürlichen Vorgängen, die auch auf gewisse Gefahren aufmerksam zu machen, ohne sie zu sehr zu ängstigen, und dies so rechtzeitig zu tun, daß möglichst vermieden wird, daß diese Dinge in unglücklicher Form von dritter Seite an die Kinder herangebracht werden.

Daneben kommt eine Aufklärung junger Leute in Betracht, die heiraten wollen. Diese Fragen sind ja selten. Aber uns freuten doch verschiedene Beispiele von Gewissenhaftigkeit, die dabei zu verzeichnen waren. Ein junges Mädchen, das schon vor der Ehe mit ihrem Bräutigam einen Verkehr gehabt hatte, also im gewöhnlichen Sinne doch aufgeklärt war, wollte erst noch Bescheid wissen über die Einzelheiten der Empfängnis und Zeugung, da es sich sehr ein Kind wünschte, und der bisher geübte Verkehr ohne Folgen geblieben war. Es beschaffte sich auf unseren Rat ein Buch, in dem die ganzen Fragen medizinisch genau behandelt waren in einfacher, leichtverständlicher Form. So kam dieses junge Mädchen auch in die Lage, durch seine Erkenntnis Unregelmäßigkeiten in der Ehe, die vielleicht manchmal krankhafte Erscheinungen sind, die oft zu spät erkannt werden, wie gewisse Schmerzen, Absonderungen usw., rechtzeitig zu bemerken.

Ein ganz eigenes Feld ist die sexuelle Aufklärung von Eheleuten, die sich in der Ehe gar nicht orientieren und klar werden können über verschiedene Erscheinungen, die da bei ihnen oder bei ihrem Ehepartner auftreten. Es kommt da auch manches vor, das nicht normal ist, und besonders die Frauen wissen dann meistens gar nicht Bescheid. Sie kommen und fragen: „Muß

das so sein?“ Es gibt ja Männer, die wohl infolge krankhafter Veranlagung den Geschlechtsverkehr nicht in normalen Formen vollziehen. Einmal kam zu uns eine junge Frau, die erst einige Monate verheiratet war, und deren Mann den Verkehr nur ausüben konnte, wenn der Verkehr für die Frau mit körperlichen Qualitäten durch ihn verbunden war; er war also „sadistisch“, wie man das nennt. Ein anderer Mann wollte selber genäht werden. Diese Leute sind Majoschisten, wie man das nach einem Schriftsteller Sacher-Masoch, der diese krankhafte Veranlagung besonders eingehend geschildert hat, zu nennen pflegt. Die beiden Frauen dachten, daß vielleicht alle Männer derartige Wünsche hätten. Manche Männer wiederum, die Frauen haben, die bei dem Verkehr gänzlich empfindungslos bleiben, wissen ebenfalls nicht, ob das „so sein muß“. Man nennt das bei den Frauen „frigidität“. Eine solche Gefühlslücke hat, wenn sie sehr stark ist, schon manchmal das eheliche Glück beeinträchtigt. Ein Arzt in den Beratungsstellen oder eine Ärztin, die die Erscheinungen verständnisvoll klutzulegen wissen und, wo es möglich ist, auf Abhilfe hinweisen, stiften manchen Segen in den Beratungsstellen.

Unsere Arbeiterwohlfahrtsorganisationen beschäftigen sich neuerdings wohl auch an manchen Orten mit der Frage der Einziehung von Eheberatungsstellen. Es wäre gewiß sehr wünschenswert, wenn sie den verschiedenen Seiten der Sexualberatung ihre besondere Aufmerksamkeit schenken und für Aufklärung über manches in kleineren Kreisen sorgen würden. Die bestehenden Sexualberatungsstellen sind oft zu einseitig auf die Frage der Empfängnisverhütung eingestellt, aber das Gebiet ist eben doch viel größer. In bestimmten kleinbürgerlichen und auch anderen bürgerlichen Kreisen besteht noch immer eine Abneigung dagegen, diese Dinge zu kennen. Andererseits besteht bei einem Teile der jüngeren Generation eine übersteigerte Erotik, die gerade durch gewisse sogenannte aufklärende Bücher gefördert wird. Eine ruhige, sachliche Erkenntnis der natürlichen Vorgänge, die doch schließlich rein naturwissenschaftlich zu begreifen sind, ist nützlich und gesund. Die Kenntnis geht natürlich weit über das hinaus, was hier nur angedeutet werden konnte. Henni Lehmann.

torasfältig erwogen werden müssen, deren Einstellung allerdings auch subjektiv sein wird, so daß sie oft eine unliebsame Verzögerung oder überhaupt eine Abweisung des Beschlusses zur Folge haben kann.

Diese Erfahrung mußten vielfach die Trinkerfürsorgestellen machen. Sie hatten an die Entmündigung wegen Trunksucht als große Hoffnungen für erfolgreiche Trinkerfürsorgearbeit gesetzt und sahen sich infolge allzu gewissenhafter Einstellung mancher Richter kämmerlich in ihren Erwartungen getäuscht. Das Gericht vertritt in erster Linie die Pflege des Rechtes. Die Einstellung zu fürsorglichen Maßnahmen kann ihm fern liegen, so erwünscht auch immer die Berücksichtigung sozialer Maßnahmen ist und sein muß. Auch wird bei der Einleitung und Durchführung eines Entmündigungsverfahrens wegen Trunksucht viel davon abhängen, ob der Richter im Trinker einen moralisch gesunkenen oder einen lediglich aus dem Gleichgewicht geratenen kranken Menschen sieht. Ferner verlangt der gewissenhafte Richter klar feststehende Tatbestandsmerkmale. Bis solche Merkmale vorliegen, kann es aber oftmals schon zu spät sein, um der Familie des Trinkers noch zu nützen, obwohl das Kommissionsprotokoll zu § 6, Ziffer 3, des BGB. heißt: „Zur Bestimmung der Voraussetzungen der Entmündigung bedarf es einer näheren Definition des Ausdrucks Trunksucht nicht.“ Der Ehegeber wollte verhüten; diese Absicht kommt in diesem Passus klar zum Ausdruck. Er legt weniger Wert auf die Feststellung des Schadens als vielmehr auf die Verhütung von Schäden, die durch den Trinker verursacht werden können gegen seine Familie und schließlich auch gegen sich selbst.

Der gewissenhafte Richter würde vielleicht entschlagsschneller handeln, wenn er sich der Verfeinerungsmethoden hinsichtlich der Persönlichkeitsforschung bediente, die zurzeit der Einführung des BGB. noch nicht dem heutigen Stande der Wissenschaft entsprachen. Diese Berücksichtigung darf nicht außer Acht gelassen werden. Sie führt ganz von selbst zur Heranziehung eines ärztlichen Sachverständigen, wie es schon längst eine Forderung des Tages ist, daß in allen kritischen Fällen Jurist und Arzt Hand in Hand arbeiten müssen. Hier im besonderen ist ein Zusammengehen ganz unerlässlich. Zurzeit der Einführung des BGB. galt Trunksucht als ein moralischer Defekt. Heute neigt die Wissenschaft zu der Erkenntnis, daß es sich bei der Trunksucht um fortschreitende Erkrankungen mit schweren organischen Störungen mit abnormen seelischen Zuständen handelt, die eine ärztliche Behandlung nicht entbehren können. Eben weil der Trinker ein kranker Mensch ist, muß ihm sein vermeintliches Recht, Alkohol in beliebigen Mengen zu sich zu nehmen, beschnitten werden durch rechtzeitige Einleitung des Entmündigungsverfahrens und Unterbringung in eine Heilanstalt. Es darf nicht so lange gewartet werden, bis die Familie durch die Brutalitäten und Mißhandlungen eines trunksüchtigen Vaters an den Rand der Verzweiflung gebracht wird. Die vom Richter gesüchtete Entmündigung kann ihrer Härte durchaus entkleidet werden durch die „vorläufige“ Entmündigung. Diese wird nicht veröffentlicht, im Gegensatz zur „endgültigen“ Entmündigung, und die Rechte des Vormundes werden durch die mildere Maßnahme doch nicht gemindert. Für den Fall der Rückfälligkeitseigenschaft nach Ablauf der Bewährungsfrist bleibt immer noch die Möglichkeit der „endgültigen“ Entmündigung. Je frühzeitiger die vorläufige Entmündigung einsetzt, um so sicherer wird ein Heilerfolg sein.

Daß die Familie häufig vor dem Antrag auf Entmündigung zurückzuckt, ist menschlich verständlich. Zur Stellung des Antrages ist die Ehefrau berechtigt; er ist ein Akt der Selbsthilfe. Gleichwohl verzögert sie oft darauf. Sie nimmt wohl hier und da die Hilfe der Polizei, dieses Mädchens für alles, in Anspruch, wenn das betrunkenen Familienoberhaupt einmal gar zu forsch vorgeht und sie und die Kinder verprügelt und alles kurz und klein schlägt, aber zu einem Antrag auf Entmündigung kann sie sich schwer aufraffen. Es wird Aufgabe der Fürsorgeämter sein müssen, zur Verhütung größeren Schadens ihrerseits Anträge auf Entmündigung zu stellen zu einer Zeit, wo die Heilbarkeit des Trinkers noch Erfolg verspricht. Die zurzeit herrschende Psychose in allen Fürsorgeämtern, die Ablehnung aller „nicht unbedingt nötigen“ Fürsorgemaßnahmen wird wieder weichen. In diesem Falle um so sicherer, als es darum geht, aus gemeingefährlichen kranken Menschen mit kulturwidrigem Verhalten wieder nützliche Glieder innerhalb der Gesellschaft zu machen. Schwester Lydia Ruschland.

## „Sozialismus im Hause“

Kinder haben einen ganz ausgesprochenen Nachahmungstrieb. So erklärt es sich wohl auch am leichtesten, daß jeder Mensch mehr oder weniger stark mit dem Stempel des Nihilismus, in dem er aufgewachsen und erzogen wurde, behaftet ist. Im guten oder im schlechten Sinne wird sich das nur in den kleinsten Fällen je im Leben wieder ganz verwischen. Ich meine mit „Nihilismus“ hier nicht etwa die mehr oder weniger geräumige Wohnung, die gut oder weniger gut eingerichtet, „Kinderstube“ ist; ich meine vielmehr die Gesinnung und Stimmung, die Luft, die in dem Kreise der Menschen vorherrscht, in den hinein man geboren wurde. Ich

meine alle die vielen unsäglichen, irrationalen und vielleicht gerade darum so wichtigen Dinge, die uns werden lassen, die uns bilden nach denen, die uns erziehen. Wir entwickeln uns, indem wir nachahmen, was wir vor uns sehen.

Diesen unwiderstehlichen Trieb im Kinde erkennen wir aus allen seinen Spielen. Die einfachsten und kompliziertesten Gewohnheiten der Erwachsenen ahmt das Kind nach. Kleine Kinder rauchen mit geeigneten Gebilden „Zigaretten“ oder „Pfeife“ wie der Vater. Sie legen sich etwas auf die Nase und nennen es „Brille“, durch das sie sitzen und ernst mit gekrümmelter Stirn hindurchsehen wie der Großvater usw. In die Schule gekommen, ahmen sie nach und ohne verheerende Macht Eigentümlichkeiten der Lehrer oder Mitschüler nach, sei es Schielen, Stottern, Wippen oder Hinken. — Das sind allgemein bekannte Tatsachen; leider legt man ihnen nicht die nötige Beachtung bei, die sie verdienen! Nicht nur diese vielleicht mehr äußerlichen Dinge werden aufgenommen; auch innerliche, geistige oder seelische Eigenheiten werden scharf beobachtet und hinterlassen tiefe Spuren.

Wir Sozialisten besonders haben alle Veranlassung, auf die Erziehung unserer Kinder gerade in unserem Sinne zu achten, nicht nur durch Tragen von Abzeichen, durch spätere Mitarbeit unserer Kinder bei den roten Falken usw., sondern durch „Sozialismus im Hause“, der durch all unser Handeln uns selbst und anderen gegenüber spürbar wird. Kinder sind von Natur heilförmig. Sind mehrere zusammen, dann können sie sich oft beim Spielen nicht einigen. Gerade das, was der Trieb haben will, braucht Karikatur usw.

Die Beispiele, die ich hier aufzählen will, werden dem einen oder anderen vielleicht unwichtig erscheinen; ich meine aber, daß sie recht wichtig sind, denn im Spiel bereitet sich das Kind für den Ernst des Lebens vor; es erfüllt seine Seele.

Hat Fritz Besuch, so überläßt er als Gastgeber seine Spielsachen auch gern den anderen Kindern. Ihm ist das selbstverständlich, und alle spielen bei ihm ruhig und ohne Zanken. Ist Fritz jedoch eingeladen, so kommt er meist traurig nach Hause zurück und erzählt, daß er gar nichts zum Spielen bekommen habe. Auf dem Schaukelpferde hat Karl ununterbrochen gelesen, und die anderen Spielsachen lagen schon geordnet in einem Schranke. Die durfte man nur ansehen, nicht anfassen, denn der „Besuch“, so sagte der Vater, „könnte etwas entzweit machen!“ Die guten, leuten Sachen sind für andere Kinder viel zu schade. Die Eltern erheben der Gedanke, daß die Sachen leiden könnten, nur dann erträglich, wenn der eigene hoffnungsvolle Sproßling sie in die verschiedenen Bestandteile zerlegt! Sie haben aber ihren Karl in keiner Weise dazu erzogen, auch auf die Spielsachen anderer Kinder Rücksicht zu nehmen.

Ebenso ist es gelegentlich auf Spaziergängen. Karl hat eine große Banane; er geht mit seiner Mutter, Fritz und dessen Mutter spazieren. Mehrfach wird er gebeten, die Frucht zu essen; er will nicht! Nach einiger Zeit klagt Fritz über Durst. Da keine Gelegenheit zum Trinken in der Nähe ist, bietet Karls Mutter ihm die Banane an. Im gleichen Moment stürzt sich Karl aber darauf, reißt die Schale ab und schlängelt mit Wutesselle die Banane hinunter. Seine Mutter sieht es lachend und konstatiert kelterruhig, daß Karl nicht gern etwas abgibt. — Fritz liegt mit großen Augen die Banane vor sich. — Dieser Egoismus scheint mir immer aus der gleichen Quelle zu stammen und generationsweise übernommen zu werden. Man verleiht ihn den Kindern gedankenlos bereits mit der Muttermilch ein; sie erfassen ihn im siebenten oder spätestens achten Monat ihres Lebens! Da bekommt etwa das kleine Wesen einen schönen Griesbrei. Es hat keinen Hunger und das kleine Mäuschen bleibt fest verschlossen. Nun beginnt die Mutter zuzureden. Sie setzt auf irgend jemanden, der in der Nähe ist, und sagt: „Schnell, ich mach das Schmutzen auf, sonst ist alles die liebe Tante, und dann bekommt Baby gar nichts mehr!“

Dann soll das Kind mit einem Spielzeug spielen. Das erreicht man nie besser, als wenn man sagt: „Schnell, nimm das Schäschen, sonst nimmt es ein anderer; dann hat Baby gar nichts mehr zum Spielen.“

Solche Fälle lassen sich ins Uferlose verfolgen. Man ist sich gar nicht bewußt, daß man da mit einem Kinde macht, was allenfalls bei einem Tier entschuldbar wäre. Sagt man doch den Jerkeln nach, daß sie besonders gut fressen, wenn sie „Ferkelnd“ bekommen, d. h. wenn viele Ferkel an einem Kopfe beteiligt sind. Dieses gedankenlose Gerede hat aber einen unzweifelhaften Einfluß. Das erste Gebot, das den Kindern auf diese Art eingehämmert wird, heißt nämlich: „Nimm, sonst nimmst es ein anderer!“ Wenn auch heute ein gewisser gesunder Egoismus am Platze sein muß, so geht das geschilderte Vorgehen doch über jedes zulässige Maß hinaus. Gerade wir Sozialisten müssen bestrebt sein, die Gefahren solcher egoistischen Erziehung zu erkennen, und die Kinder so zu erziehen, daß es ihnen selbstverständlich ist, Rücksicht gegeneinander zu haben, sich auch einmal zum Opfer bringen zu überwinden, das schon Quater fällt und ein paar heimliche Tränen kostet. Nur wenn das Kind von frühesten Tugend an dazu angehalten wurde, werden wir den Nachkommen erziehen, den wir brauchen, um unsere Idee auch durch schwere Verhältnisse und Arterknechten zum Siege zu führen. Gust Bort.

## Ein Ergebnis sozialistischer Initiative

# Abtreibungsparagraph-Reform in der Tschechoslowakei

Eine internationale Front fortschrittlich und sozial denkender Menschen steht heute in allen europäischen Staaten gegen eines der unumkehrlichsten Ueberbleibsel mittelalterlicher Justizbarbarei, gegen den in fast allen Strafgesetzen Europas vertretenen sogenannten Abtreibungsparagrafen, dessen schändliche und mörderische Auswirkungen man den Gerichtsaaltribünen der sozialdemokratischen Presse oft entnehmen kann.

Einen erfreulichen Fortschritt in diesem Kampf um eine soziale Rechtspflege stellt der Gesetzesentwurf des derzeit von einem tschechischen Sozialdemokraten vertretenen tschechoslowakischen Justizministeriums dar. Dieser Entwurf ist in mehrfacher Hinsicht eine sozialpolitische Tat, deren grundsätzliche Bedeutung über die Staatsgrenzen unserer Nachbarrepublik hinausreicht.

Wichtig ist vor allem, daß die Schwangeren, die den Eingriff an sich vollziehen läßt, in verschiedenen Fällen straffrei bleibt. Hier ist zunächst die sogenannte „medizinische Indikation“ anerkannt, d. h. wenn die Mutter durch die Geburt einer ernststen Gefährdung ihres Lebens ausgesetzt wäre; straffrei ist insbesondere der Eingriff in einem öffentlichen Krankenhaus. Bis jetzt war auch in der Tschechoslowakei die Situation so, daß Damen aus gutem Hause sich gegen entsprechendes Honorar von einem darauf eingestellten Spezialisten ein Zeugnis über ihre Unschuld zum Gebären ausstellen, und dann in einem Sanatorium, unbehelligt vom Arm der „Gerechtigkeit“, die Abtreibung vornehmen ließen. Der Proletarierin blieb nur der Weg zur „weisen Frau“, und das hässliche Material, das der Entwurf ankündigt, ist eine fürchterliche Anklage dieses Zustandes. In den letzten fünf Jahren wurden in der Tschechoslowakei jährlich etwa achtundert Strafanzeigen erstattet, von denen über achtzig Prozent auf die armen Schichten entfallen. Nur etwa fünf Prozent dieser geheimen Abtreibungen wurden von Ärzten ausgeführt. Wie die berufsmäßigen Abtreiberinnen arbeiteten, geht aus der entsetzlichen Feststellung hervor, daß in 43 Prozent aller Fälle, wo solche Helferinnen verurteilt wurden, der Eingriff in lebensgefährlicher Weise vorgenommen wurde!

Straffrei sollen ferner im Sinne der „eugenischen Indikation“ solche Fälle bleiben, wo mit Sicherheit zu erwarten ist, daß das Kind geistig und körperlich minderwertig sein wird. Dagegen sollen Schwangeren, die auf Notzucht zurückzuführen sind, ferner solche, bei denen es sich um Mädchen unter sechzehn Jahren handelt, nicht straffrei sein. Besonders wichtig und begrüßenswert ist die Anerkennung der sozialen Indikation, die bisher von den meisten bürgerlichen Theoretikern abgelehnt wurde. Danach darf die Schwangerschaft unterbrochen werden, wenn durch die Geburt des Kindes die Kindesmutter selbst oder

andere Personen, für deren Lebensunterhalt sie nach dem Gesetz zu sorgen hat und die ihr ebenso nahe stehen, wie das zu erwartende Kind, in ihrer Existenz bedroht wären.

Der Entwurf legt damit zum erstenmal eine Breche in verknöcherte und unumkehrliche Vorurteile, deren Vertreter die traurigen sozialen Gegebenheiten, die uns tagtäglich demonstrieren werden, nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Soweit die Schwangere sich nicht auf die bezeichneten Strafausschließungsgründe berufen kann, wird die Abtreibung nicht mehr als Verbrechen mit Kerker (Zuchthaus) von ein bis fünf Jahren, sondern nur als Vergehen mit Arrest (Gefängnis) von sechs bis zwölf Monaten bestraft. Demgegenüber wendet sich der Entwurf mit gutem Grund hart gegen berufsmäßige Abtreiberinnen und Engelmacherinnen, deren „Hilfe“ als Verbrechen mit ein bis fünf Jahren schweren Kerkers bestraft wird. Abtreibungen gegen Willen der Schwangeren werden mit bis zu zehn Jahren schweren Kerkers bestraft. Bei wahn- und blödsinnigen Frauen ist die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters nötig.

Der Entwurf befaßt sich des Weiteren noch mit der Novellierung des § 139 des in der Tschechoslowakei geltenden österreichischen Strafgesetzbuches (Kindesmord), ein Kapitel, das ja aufs engste mit der Frage der Fruchtabtreibung zusammenhängt. Auch hier wird dem sozialen Standpunkt dadurch Rechnung getragen, daß für solche Fälle, wo schwere Notlage vorliegt (und das sind 99 Prozent) eine sehr beträchtliche Herabsetzung des Strafmaßes vorgesehen ist, das im Vergleich von sechs Monaten bis zu drei Jahren gegenüber ein bis fünf Jahren bisher zu bemessen ist.

Hoffen wir, so schreibt hierzu der Brager „Sozialdemokrat“, dem wir die vorstehenden Ausführungen entnehmen, daß dieser Entwurf bald Gesetz wird, daß er durch den Widerstand einer reaktionären Opposition nicht vereitelt oder verhimmelt wird! Hunderte von proletarischen Frauen und Mädchen treibt der Schandparagraf heute noch in die schmutzigen Klauen der Engelmacherinnen. Unter letzteren gibt es solche, die ihr eigenes Auto besitzen, die durch ihr schmutziges Gewerbe reich geworden sind, reich geworden aus den Blutgrößen jener armen Opfer, die ihnen „im Namen des Gesetzes“ zulaufen und oft nicht nur mit ihrem letzten Geld, sondern mit ihrem Leben oder mit lebenslangen Stechium bezahlen. Genug der Opfer; genug des gesetzlich abgedeckten Schandgewerbes! Es ist keine Zeit zu verlieren. Schafft das Gesetz — im Namen der sozialen Gerechtigkeit!

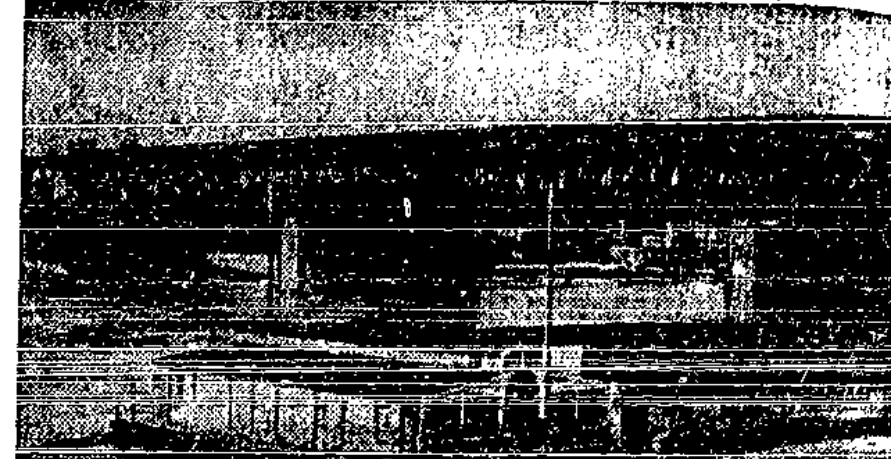
## Am den Handfluß

Dieser Tage fand in Warschau eine Versammlung des Vereins der Hausfrauen statt, in welcher u. a. die Frage besonders in Polen so verbreiteten Handflusses besprochen wurde. Die Vorsitzende des Warschauer Hausfrauenvereins hat sich an die versammelten Kolleginnen mit folgenden kritischen Bemerkungen gewandt:

„Empfinden Sie nicht manchmal ein Gefühl der Beschämung und Widerwärtigkeit, wenn ein junger Mann, oftmals sogar ein Jüngling, statt unsere Hand seine eigenen Finger zu läßt, oder ein nur flüchtig bekannter Mann sich die Vertraulichkeit erlaubt, den Handfluß aufzuknöpfen, um ein unbedeckte Stelle zur Anbringung eines Knopfes zu finden; schließlich gibt es auch solche, die in die Luft küssen. Und, so furchtbar also zur Erkenntnis gelangte Frau weiter aus, hat es nicht schon manchmal zu denken gegeben, daß die Männer gerade älteren Frauen sehr unwillig die Hand fließen...?“

Die Warschauer Hausfrauen sind sich nach längeren Beratungen schließlich darüber einig geworden, den Handfluß — der in Polen auch in der Arbeiterschaft verbreitet ist — nicht ganz auszuschalten, aber ihn nur in intimen Familien oder im gesellschaftlichen Verkehr weiterhin zu gestatten, dagegen soll der Handfluß im äußeren Verkehr in Bann getan werden.

## Die neue Eisenbahnbrücke



zwischen Mannheim und Ludwigshafen wurde nach zwanzigmonatiger Bauzeit ihrer Bestimmung übergeben.

## Strauhaftiger Mord

Auf dem Felde beim Dorfe Koicejewitz, Kreis Wladimir fanden Landleute die von Hundebau aus der Erde gefratete Leiche eines etwa vier Wochen alten männlichen Kindes. Die Leiche war an beiden Handgelenken auf die eingeleitete Unterlippe geklemmt. Zur Festnahme der Mutter, die sich als das 24jährige Dienstmädchen Sabwiga Plonka aus dem Nachbarort Broczyn erwies. Die Plonka hatte das Kind zu verbrennen versucht; als es jedoch zu laut lärmte, erdrosselte sie es und vergrub es an dem Felde. Die Leiche hatte etwa drei Wochen in der Erde gelegen und war erst von den Hunden aufgespürt und ausgegraben worden.

## Eine Leiche zerstückelt

Auf dem neuen katholischen Friedhof in Dikowo (Wojwodschaf Posen) haben unbekannte Täter die Leiche des pensionierten Eisenbahnbeamten Smentel ausgegraben und bereits vor vier Jahren begrabene Leiche in Stücke zerstückelt. Nach Angaben des Totengräbers kamen am Tage zuvor vier Männer, die nach dem Grabe des Smentel fragten, um es wieder im Auftrage der Familie in Ordnung zu bringen, auf den Friedhof. Die Täter machten an dem Grabe mit einem Holzstäbchen ein Merkmal, um es nicht zu verwechseln. Wie verlautet, soll es sich um einen Raubakt handeln. Man vermutet, daß der mutmaßliche Täter in einem gerichtlichen Strafverfahren vor dem Tode Smentels durch die Aussagen des Toten schwer belastet wurde.

## Eine Bauernschlacht

Auf einem Feld bei Cabannes in der Nähe von Marzeille (Südfrankreich) ist es am Mittwoch zu einer regelrechten Sensenschlacht zwischen sechs Mitglidern einer Bauernfamilie gekommen, bei der zwei Männer und eine Frau getötet wurden. Eine vierte Person wurde lebensgefährlich verletzt, die übrigen kamen mit geringeren Verletzungen davon. Die Ursache dieser Familientragödie ist eine Geldangelegenheit, die die Familie schon seit längerer Zeit in zwei Lager gespalten hat.

## Explosionkatastrophe in Bordeaux

Infolge einer Benzinexplosion wurden in Bordeaux drei Häuser durch Feuer zerstört. Mehrere Personen erlitten schwere Brandwunden, einige erkrankten an Vergiftungsercheinungen.

## Hundertster Hochzeitstag

In einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Pilsch (Jugoslawien) feierte am Montag ein altes Bauernpaar seinen hundertsten Hochzeitstag. Der Ehegatte namens Wladimir ist 117, seine Frau 115 Jahre alt. In der Feste nahmen mehr als 100 Nachkommen des Ehepaars, Söhne, Töchter, Enkel- und Urenkelkinder, teil. Das Ehepaar erfreut sich, wie man so zu sagen pflegt, der besten Gesundheit.

## Saftentlassung in der Greiling-Affäre

Vor dem Dresdener Amtsgericht wurden zwei Haftbeschwerden in Sachen der Steuerhinterziehung der Zigarettenfabrik Richard Greiling A.-G. in Dresden verhandelt. Die Beschwerde des Direktors Hegewald hatte Erfolg. Der Haftbefehl wurde aufgehoben und Hegewald freigelassen. Dagegen wurde die Beschwerde des Prokuristen Philipp, der bei der Tabak-Importfirma Anastassadi angestellt ist, und der angeblich mit Hegewald zusammen die Steuerhinterziehungen durchgeführt haben soll, verworfen. Ende der Woche wird über die weitere Haftbeschwerde des dritten in der Angelegenheit Verhafteten, des früheren Direktors Seifert von der Greiling A.-G., verhandelt werden.

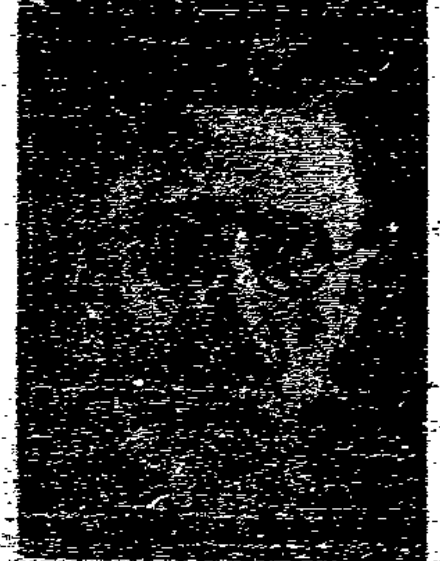
## Glänzend gemacht Gefälschte Scheckunterschriften als echt angesehen

Bei der Bau- und Bodenkass in Berlin wurde ein raffinierter Scheckdiebstahl entdeckt. Unbekannte Diebe stahlen im Kassentraum einen Scheck der Bank, schrieben ihn unter Fälschung der vorschriftsmäßigen Unterschriften der benachteiligten Direktoren auf 40 000 Mark aus und legten ihn bei der Reichsbank vor. Der Kassierer der Reichsbank ließ die Unterschriften prüfen, aber sie wurden nicht beanstandet, so gut waren die beiden Unterschriften nachgemacht! Erst in den Abendstunden, als die Reichsbank der anderen Bank das Lastkonto überlieferte, wurde der Betrug entdeckt und die Kriminalpolizei benachrichtigt.

## Vom Schlachtfeld der Arbeit

In der Bauhalle beim Wehrbau Rembs in der Nähe von Zeitz (Sachsen) ereignete sich am Dienstag ein schweres Unglück. Eine Kammschleife, welche auf Pontons eine Spundwand an Ort- und Stelle bringen sollte, wurde durch einen hier noch ungeklärten Unfall um vier Arbeiter ertranken, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte.

## Serr Lindin



aus Petersburg (Kordfianen) hat einen Prozeß gegen Wilhelm den Verschworenen angehängt. Er verlangt von ihm 100 000 Rubel (16 000 Mark), weil während des Krieges seine neunjährige Tochter bei einem Angriff von deutschen Truppen getötet wurde.

## Falsche Weichenstellung Zugzusammenstoß im Oberrhein

Der vom Saargebiet kommende D-Zug Nr. 117 traf am Mittwoch früh auf der Station Alphen am Rhein infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzug zusammen.

Dem Führer des D-Zuges gelang es im letzten Augenblick, die Schnelligkeit seiner Maschine herabzumindern. Trotzdem wurden vier Wagen des Güterzuges vollständig zertrümmert. Der Gepäckwagen des Schnellzuges entgleiste und beide Lokomotiven wurden schwer beschädigt. Fünf Fahrgäste, sowie der Führer des Schnellzuges erlitten Verletzungen.

## Kunstsinnige Langfinger

Diebe drangen in der Nacht zum Mittwoch in das erst vor kurzem eröffnete Kupferstichkabinett des Schloßmuseums in Alschaffenburg ein und raubten dort etwa 3000 Stiche, darunter überaus wertvolle Arbeiten von Rembrandt und anderen Meistern. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

## Schieber verhaftet

In Wien wurden der Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Uhl und seine Gattin verhaftet. Sie werden beschuldigt, das Vermögen des früheren Direktors der Kreditanstalt „Ehrenfest“ ins Ausland verschoben zu haben.

## Beim Ertrinkungsbad ertrunken

Bei Edmont (Oberösterreich) badeten die beiden Hilfsarbeiter der Streckenleitung der Bundesbahnen, Emmerich und Peter Brandstätter, in der Enns. Da sie abends nicht nach Hause kamen, wurden Nachforschungen angeestellt und ihre Kleider am Ufer der Enns gefunden und kurz darauf die Leiche Peter Brandstätters aus dem Wasser gezogen. Der Arbeiter der Streckenleitung Heinrich Winter wird seither gleichfalls vermisst. Da seine Kleider zerstreut entlang des Ufers der Enns gefunden wurden, wird angenommen, daß er den Ertrinkenden nachgeholt ist, um sie zu retten, und dabei gleichfalls den Tod in den Wellen gefunden hat.

## Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Bitternase

Von G. Tj. Rotman



„Männer! Brüder! Mitfische!“ rief Herr Globauge aus, „abermals verchwand einer unserer Baden-Genossen in den Klagen des Stodches. Wir müssen dieses Ungeheuer sofort unschädlich machen!“ — „Ganz richtig! Hurra! Bravo!“ riefen die Frösche, indem sie in die Vorderpfoten klatschten und mit den Hinterpfoten auf den Boden stampften. „Aber wie?“ rief Herr Globauge dann...

„Ja, da sehen die Frösche nun! Aber endlich hand einer auf und rief: „Das will ich meinen! Man soll ihm den Schnabel zubinden!“ Und er legte genau aus, wie der Strid sitzen sollte, und wo der Knoten. Aber wer's tun sollte, und wie der Anfang gemacht werden sollte, ja, das wußte er nicht! Da hand ich auf! Wir müssen eine Schlinge unter Wasser legen!“ schlug ich vor.

